

„Integration“ in der GUS und die Politik Russlands

Martin Malek

1. Einleitung

Die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) hat 1991-1992 dazu beigetragen, den Zerfall der UdSSR in kontrollierte Bahnen zu lenken und ein „jugoslawisches Szenario“ in (post-)sowjetischen – und damit sehr viel größeren – Maßstäben zu verhindern. Bald trachtete Moskau aber, die GUS zu einem Instrument zur Wahrung bzw. Stärkung seines Einflusses auf die anderen früheren Sowjetrepubliken zu machen. Offenbar sollte nach dem Zerfall des „äußeren Imperiums“ (also des 1991 aufgelösten Warschauer Paktes) bzw. des gesamten „Sozialistischen Weltsystems“ (1989-1991) wenigstens das frühere „innere Imperium“ (d.h. die nichtrussischen Republiken der UdSSR/GUS) soweit wie möglich unter der Kontrolle Moskaus gehalten werden. Russland beansprucht die GUS als „besondere Interessenzone“, aus der dritte Mächte (und v.a. die USA und die NATO) so weit wie möglich ferngehalten werden sollen. Seit 1992 unterscheidet man in Russland allgemein zwischen dem „nahen Ausland“, d.h. den anderen GUS-Staaten, und dem „fernen Ausland“ (also dem „Rest der Welt“). Dies deutet bereits an, dass man den früheren Sowjetrepubliken einen niedrigeren „Grad an Unabhängigkeit“ als allen anderen Ländern zubilligt.

Der GUS kommt unbestritten die erste Priorität der russischen Außen- und Sicherheitspolitik zu, und das wird sich auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern. Moskau strebt dabei eine größtmögliche „Integration“ auf allen Gebieten – Politik, Wirtschaft, Militär, aber auch Kultur, Medien und Wissenschaft – unter seiner Führung an.

2. Die innere Verfassung Russlands und Auswirkungen auf seine Politik in der GUS

Das politische System Russlands wird in der Politikwissenschaft und in den Medien oft mit Begriffen wie „gelenkte“, „defekte“ oder „autoritäre Demokratie“ sowie „Demokratie“ (so der Titel eines Buches des deutschen Journalisten Boris Reitschuster) bezeichnet. Seine wichtigsten Charakteristika sind:

- Sicherstellung der Siege von vom Kreml favorisierten Kandidaten bei allen bedeutenden nationalen und regionalen Wahlen;
- Abschaffung der Wahlen der Oberhäupter der Exekutive der Regionen (unter Hinweis auf „Terrorbekämpfung“), die seit Anfang 2005 vom Präsidenten ernannt werden;
- Konzentration der Macht in der Präsidentschaft auf Kosten der Regionen, die unter Präsident Boris Jelzin (der 1991 bis 1999 amtierte) zeitweise eine recht eigenständige Rolle gespielt hatten;
- ein Prozess, den westeuropäische und nordamerikanische Medien oft euphemistisch „Ausweitung des Einflusses des Staates auf die Wirtschaft“ nennen, der tatsächlich aber auf eine (offizielle und inoffizielle) Intensivierung der Kontrolle und der Verfügungsmöglichkeiten des Kremls bzw. ihm nahe stehender Politiker, Beamter und Geschäftsleute hinausläuft;
- zentrale Stellung von Armee, Innenministerium und Geheimdiensten (oft als „Machtministerien“ oder „Gewaltstrukturen“ bezeichnet) in der Verwaltung des Staates, was sich u.a. in einer Militarisierung der politischen Elite äußerte¹;

¹ Nach Berechnungen der Elitenforscherin Olga Kryschtanowskaja vom Institut für Soziologie der Russländischen Akademie der Wissenschaften von 2006 waren 78% der 1.028 wichtigsten Politiker und Funktionäre des Landes irgendwann mit dem sowjetischen KGB und/oder postsowjetischen russischen Diensten verbunden (vgl. Finn, Peter: In Russia, A Secretive Force Widens. Putin Led Regrouping Of Security Services. In: Washington Post, 12.12.2006. <<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/12/11/AR2006121101434.html>>, abgerufen am 1.9.2009).

- anhaltend hohe Ausgaben für Militär, Geheimdienste, Rüstungsindustrie usw., was sich Moskau dank der zwischen 1999 und Mitte 2008 ständig steigenden Preise für Erdöl und Erdgas erheblich leichter leisten konnte als in den wirtschaftlich schwierigen 1990er-Jahren;
- Einsatz von Staatsanwaltschaft und Gerichten zu politischen Zwecken (wie etwa zur Zerschlagung des Erdölkonzerns Yukos);
- Zunahme eines konservativen Nationalismus mit Ansätzen zu einer russischen Ethnokratie im Vielvölkerstaat Russland (so erfreut sich der Slogan „Russland den Russen“ sämtlichen Meinungsumfragen zufolge großer Popularität);
- ein Personenkult um Wladimir Putin (zwischen 1999 und Mai 2008 Präsident, seither Premierminister) und
- eine weitgehende Gleichschaltung der wichtigsten Massenmedien (alle landesweit sendenden TV-Kanäle und viele Printmedien werden längst de facto vom Kreml kontrolliert).

In der Außen- und Sicherheitspolitik meldete Russland im letzten Jahrzehnt zunehmend wieder Großmachtansprüche an. Unmittelbar nach der Auflösung der Sowjetunion hatten die postsowjetischen Republiken den relativ größten Freiraum gegenüber Russland, das sehr mit inneren Problemen – und v.a. Wirtschaftsreformen – befasst und nach übereinstimmender Meinung der wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Analytiker nach außen „schwach“ war. Die folgenden Jahre – und v.a. dann unter Putin – zeigten, dass Russland nach außen umso nachdrücklicher „Mitsprache“ einforderte, je autoritärer und nationalistischer es im Inneren wurde.

Besonders nachdrücklich trägt Moskau seine Ansprüche in der GUS vor, und diese ist auch die einzige Region, wo es aus verschiedenen Gründen (darunter das weitgehende Desinteresse von Politik und Öffentlichkeit in Westeuropa und Nordamerika) gute Aussichten hat, seine Ziele in einem signifikanten Umfang zu erreichen. Grundlegende offizielle Dokumente (Militärdoktrin, Konzeption für nationale Sicherheit, Konzeption für Außenpolitik usw.), v.a. aber die Praxis der russischen Politik lassen keinen Zweifel an der eminenten Bedeutung der GUS. Diese ist nach

Moskauer Vorstellung u.a. „dazu aufgerufen, die Sicherheit im eurasischen Raum der früheren UdSSR zu garantieren“,² und daraus ergeben sich (auch) sicherheits- und militärpolitische Funktionen.

Die Sonderstellung der GUS in der außenpolitischen Praxis Russlands spiegelt sich auch in der Organisationsstruktur seines Außenministeriums wider, wo für die GUS gleich vier Departements zuständig sind. Von den 15 „Territorialdepartements“ befassen sich drei mit der GUS (2. GUS-Departement: Ukraine, Belarus, Republik Moldau; 3. GUS-Departement: Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan; 4. GUS-Departement: Armenien, Aserbaidschan, Georgien). Von den 22 „Funktionalen Departements“ ist eines (1. GUS-Departement) für „allgemeine Fragen der Gemeinschaft“ zuständig.³ Ein eigenes GUS-Ministerium, das zwischen 1996 und 1997 der prokommunistische Politiker Aman Tulejew leitete, besteht nicht mehr. 2008 entstand die dem Außenministerium unterstellte „Föderale Agentur für Angelegenheiten der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, im Ausland lebender Landsleute und für internationale humanitäre Zusammenarbeit“.

3. Geopolitik als Ausgangspunkt der russischen Politik in der GUS

Der drastische Einflussverlust des Marxismus-Leninismus sowohl als innere Rechtfertigungsideologie wie auch als Instrument zur Analyse der Internationalen Beziehungen ließ in der UdSSR gegen Ende der 1980er-Jahre und dann, nach ihrem Zerfall, in ihrem mit Abstand wichtigsten Nachfolgestaat Russland den Bedarf nach Alternativen entstehen. Dabei stieß man sehr rasch auf die Geopolitik, die das weltanschauliche Vakuum zumindest zum Teil auffüllen konnte. Der bekannte russische außen- und sicherheitspolitische Analytiker Dmitrij Trenin meinte, dass

² Kolosov, Ju. M. / Krivčikova, E. S.: *Meždunarodnoe pravo (Völkerrecht)*. Moskva 2001, S. 377.

³ *Struktura Ministerstva inostrannyh del Rossijskoj Federacii (Struktur des Außenministeriums der Russländischen Föderation)*. <<http://www.in.mid.ru/nsite-sv.nsf/mnsdoc/03.04>>, abgerufen am 21.8.2009.

„die Ersatzreligion Geopolitik“ Anfang der 1990er-Jahre den Marxismus-Leninismus abgelöst habe.⁴

Die Beschäftigung mit Geopolitik mag heute im Westen wegen der Nähe verschiedener ihrer Vertreter zum NS-Regime überhaupt diskreditiert bzw. lediglich unter dem Begriff „Politische Geographie“ eingeschränkt statthaft sein. Dagegen ist die Geopolitik in Russland keineswegs Gegenstand von für die Öffentlichkeit wenig bedeutenden akademischen Disputen, sondern spielt eine zentrale Rolle in der Gestaltung der offiziellen Außen- und Sicherheitspolitik. Auch die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (KPRF) kennt keine Berührungängste; die Geopolitik liegt den weltpolitischen Betrachtungen ihres Parteichefs Gennadij Sjuganow mit zugrunde, und unter seinem Namen wurden mehrere einschlägige Bücher und Artikel publiziert.⁵ Das Unterhaus des russischen Parlaments (Föderalversammlung), die Staatsduma, verfügte – wohl einmalig in den Parlamenten der Welt – zeitweise über einen eigenen Ausschuss für Geopolitik. Aleksandr Dugin, scharf antiwestlicher Vertreter des „Eurasismus“ und Gründer einer Partei „Eurasien“, war Geopolitik-Berater des seinerzeitigen Vorsitzenden der Staatsduma, Gennadij Selesnjow (KPRF).

Im Zentrum der meisten aktuellen Überlegungen zur Geopolitik in Russland steht die – in der politischen Elite wie in der Bevölkerung allgemein akzeptierte bzw. aktiv vertretene – Auffassung, dass man dazu

⁴ Zitiert nach Stepanova, Elena: Abschied von allem Großmachtstreben. In: Das Parlament, Nr.28-29/2005. <[http://www.das-parlament.de/2005/28-29/Daspolitische Buch/005.html](http://www.das-parlament.de/2005/28-29/Daspolitische_Buch/005.html)>, abgerufen am 1.9.2009. – In die gleiche Kerbe schlug der US-Politologe Paul Goble (vgl. Goble, Paul: In Moscow, Geopolitics is the Scientific Communism of Today. In: RFE/RL Newslines, Vol. 9, No. 151, Part I, 11 August 2005. <<http://www.rferl.org/content/article/1143457.html>>, abgerufen am 22.9.2009).

⁵ Vgl. Zjuganov, Gennadij A.: Za gorizontom. O novejšej rossijskoj geopolitike (Hinter dem Horizont. Über die neuere russische Geopolitik). Moskva 1995; ders.: Geografija pobedy: osnovy rossijskoj geopolitiki (Geographie des Sieges: Grundlagen der russländischen Geopolitik). Moskva 1997; ders.: Geopolitika v epochu globalizacii (Geopolitik in der Epoche der Globalisierung). In: Naš sovremennik, 10/2002, S. 210-218 (auch unter: <<http://nash-sovremennik.ru/p.php?y=2002&n=10&id=8>>, abgerufen am 21.9.2009).

„verurteilt“ sei, „eine Großmacht zu sein“ bzw. „Russland ohne Imperium undenkbar“ sei.⁶ Davon ausgehend definiert Moskau seine Interessen an der südlichen Peripherie Russlands sowie in- und außerhalb der GUS. Der russische Umgang mit der Geopolitik stellt dabei besonders auf bestimmte „Einflussbereiche“, „Interessensphären“ (oft mit dem Adjektiv „lebenswichtig“ verstärkt), „Pufferzonen“, „geopolitische Räume“ und die Konkurrenz um Ressourcen, Bodenschätze und Transportkorridore (v.a. im und am Kaspischen Meer, im Südkaukasus sowie in Zentralasien) ab. Das zeigen auch und gerade auf längerfristige Gültigkeit angelegte offizielle Dokumente wie die Militärdoktrin, die Konzeption für nationale Sicherheit und die Außenpolitische Konzeption in den jeweils gültigen Fassungen.⁷

Ergänzt werden derartige geopolitische Ansätze vom Konzept der „vielpoligen Welt“.⁸ Die Beziehungen zum Westen – und v.a. zu den USA und zur NATO – denkt man in Russland allgemein als Nullsummenspiel: Wenn (subjektiv betrachtet, also aus russischer Sicht) der Einfluss von NATO/USA steigt, fällt der Russlands – und umgekehrt. Daher unterliegt es für die große Mehrheit der außenpolitischen Praktiker wie Analytiker in Russland keinem Zweifel,

⁶ Vgl. z.B. Dugin, Aleksandr: Osnovy geopolitiki. Geopolitičeskoe buduščee Rossii (Grundlagen der Geopolitik. Die geopolitische Zukunft Russlands). Moskva 1997, S. 193ff.

⁷ Zu einer ausführlicheren Darstellung der postsowjetischen russischen Geopolitik vgl. Malek, Martin: Theorie und Praxis der Geopolitik im postsowjetischen Russland. In: Riemer, Andrea (Hrsg.): Geopolitik der Großen Mächte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie (Wien), 4/2008, S. 103-173.

⁸ Es wurde vom damaligen russischen Außenminister Jewgenij Primakow 1996 in den breiteren russischen Diskurs eingeführt und postuliert zumindest sechs weltpolitische „Pole“, nämlich Russland, die EU, die USA, China, Indien und Japan (doch dezidiert nicht die NATO) und ist explizit gegen eine „einpolige Welt“ gerichtet, welche die USA nach vorherrschender russischer Überzeugung anstreben. Offenkundig handelt es sich hier um einen Versuch, das wirtschaftlich schwache Russland in einen „Kreis gleichberechtigter Großmächte“ zu reklamieren. Die „vielpolige Welt“ ist ein kaum getarnter russischer Versuch, der offenkundigen Asymmetrie gegenüber den in den Bereichen Wirtschaft und konventionelle Streitkräfte überlegenen USA ideologisch zu kontern. Das hat sich als durchaus erfolgreich erwiesen, da die große Mehrheit der Staaten der Welt zweifellos eine (angebliche oder tatsächliche) Dominanz der USA ablehnt.

dass die eigenen Interessen durch jede – angebliche oder tatsächliche – Verstärkung von westlichem Einfluss (wie z.B. die Osterweiterung der NATO oder US-Militärstützpunkte im ehemals sowjetischen Mittelasien) zwangsläufig Schaden nehmen müssen.

4. Das „nahe“ und das „ferne“ Ausland

Seit 1992 unterscheidet man in Russland allgemein zwischen dem „nahen Ausland“ und dem „fernen Ausland“ (also dem „Rest der Welt“). Die Länder des „nahen Auslandes“ besitzen nach vorherrschender russischer Sicht zwar „greater sovereignty than they did as soviet socialist republics, but less independence than the states of the ‚Far Abroad‘.“⁹ „Nah“ und „fern“ sind hier natürlich keine Kategorien geographischer Entfernung: Aus russischer Sicht ist das vor den Toren von St.Petersburg gelegene Finnland „fernes“, das Tausende Kilometer von Zentralrussland entfernte Tadschikistan dagegen „nahes Ausland“.

5. Die „Strategie der zwei Grenzen“

Das Dokument „Über die nationale Sicherheit der Russländischen Föderation (1996-2000)“ hatte u. a. einen Schutz der so genannten „Außengrenzen der GUS“ (= „Abschnitte der Staatsgrenzen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten mit Staaten, die nicht der Gemeinschaft angehören“¹⁰) auch und gerade durch russische Grenztruppen verlangt; nur dort, wo das nicht möglich ist, sollten die Grenzen Russlands selbst bewacht werden. Diesen Ansatz nennen

⁹ Kuzio, Taras: Russia Continues to Hold Up Border Demarcation with Ukraine. RFE/RL Newline – End Note, 30.10.2001. <http://www.taraskuzio.net/media21_files/4.pdf>, abgerufen am 1.9.2009.

¹⁰ So die Definition des Begriffs in Artikel 1 des von sechs GUS-Präsidenten unterzeichneten „Abkommens über das Zusammenwirken der Grenztruppen von Mitgliedstaaten der GUS bei der Entstehung von Krisensituationen an den äußeren Grenzen“ vom 17.5.1996 (in: Internationale Politik, 1/1997, S. 90-93; auch unter: <http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang1997/januar1997/download/79804cc8472c11db9605ed025966f1b2f1b2/original_Dokumente_9701.pdf>, abgerufen am 21.9.2009).

manche russische Quellen „Strategie der zwei Grenzen“. Sie ist zum Konzept des „Nahen“ und „Fernen Auslands“ komplementär und postuliert Grenzen mit unterschiedlicher „Qualität“ in der GUS: Zu den „Außengrenzen“ sollen „innere Grenzen“ ausschließlich zwischen GUS-Mitgliedern kommen, die ohne jede Befestigungen und generell so durchlässig wie möglich zu halten wären. Das spiegelt sich u.a. in Jelzins grundlegendem Erlass „Der strategische Kurs Russlands gegenüber den Teilnehmerstaaten der GUS“ (14. September 1995) wider, wo es u. a. heißt:

„Den nationalen Interessen Russlands und den gemeinsamen Interessen der GUS [die hier offenkundig gleichgesetzt werden, M.M.] entspricht ein verlässlicher Schutz der (Außen-)Grenzen der GUS, der ihre gemeinsame Sache und durch gemeinsame Anstrengungen durchzuführen ist. Die Arbeit an Verträgen [...] über die Stationierung von Grenztruppen der Russländischen Föderation [in anderen GUS-Staaten, M.M.] ist abzuschließen. Die Möglichkeit der künftigen Schaffung von regionalen Vereinigungen von Kommanden von Grenztruppen der GUS-Staaten ist zu untersuchen, ein einheitliches System des Schutzes ihrer Grenzen ist anzustreben. [...] Den langfristigen Plänen Russlands entspricht die Erhaltung des Prinzips der Offenheit der Grenzen innerhalb der GUS.“¹¹

Moskau musste bei der Umsetzung seiner Vorstellungen zur Grenzpolitik allerdings Rückschläge hinnehmen: Schon 1993 hatten die russischen Grenztruppen aus Aserbaidshan abziehen müssen, 1999 aus Georgien, Kirgisien und Turkmenistan sowie 2005 auch von der als

¹¹ Strategičeskij kurs Rossii s gosudarstvami – učastnikami Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv. Utveržden Ukazom Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 14 centjabrja 1995 g. No. 940 (Der strategische Kurs Russlands gegenüber den Teilnehmerstaaten der GUS. Bestätigt per Erlass des Präsidenten der Russländischen Föderation vom 14. September 1995, Nr. 940). In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, No. 38, 18 sentjabrja 1995, S. 6844-6849. Dieses „alte“ Dokument findet sich bis heute auf der Homepage des russischen Außenministeriums, was alleine ein Hinweis für seine andauernde Bedeutung ist; vgl. <<http://www.in.mid.ru/ns-osndoc.nsf/0e9272befa34209743256c630042d1aa/4e3d23b880479224c325707a00310fad?OpenDocument>>, abgerufen am 1.9.2009.

besonders sensibel geltenden Grenze zwischen dem GUS-Mitglied Tadschikistan und Afghanistan. Aber auch nach dem Rückzug der russischen Grenzsoldaten aus Kirgisien und Tadschikistan blieben russische Berater für die nationalen Grenztruppen vor Ort; zudem bildet Russland weiter Personal für sie aus. Die letzte postsowjetische Republik, die ihre „GUS-Außengrenzen“ (zur Türkei und zum Iran) unter Teilnahme russischer Grenztruppen bewacht, ist Armenien. Und die Tageszeitung des russischen Verteidigungsministeriums, der „Rote Stern“, erwähnte die „Strategie der zwei Grenzen“ noch Anfang 2008.¹²

6. „Integration“ in der GUS aus russischer Sicht

Moskau ist bemüht, seine Initiativen zur „Integration“ in der GUS als voll in einem „internationalen Trend“ liegend darzustellen, und bemühte zeitweise auch das Vorbild der EU. Mit dieser hat die „Integration“ in der GUS allerdings nicht mehr gemeinsam als den Namen. „Engere Integration“ läuft aus Moskauer Sicht auf eine verstärkte Kontrolle über die Politik der anderen GUS-Republiken bzw. deren aktive Mitbestimmung durch Russland hinaus – auf dem Wege multilateraler Bindungen (eben durch die GUS, aber auch die „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“ [OVKS] usw.) sowie durch bilaterale Verträge, russische Investitionen bzw. Aufkäufe von Schlüsselobjekten von Wirtschaft und Infrastruktur, russische Militärstützpunkte, Übernahme von russischen Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik, die Anerkennung der russischen Sonder- bzw. Führungsrolle in der GUS usw. Und es ist offenkundig, dass mit zunehmender Enge der „Integration“ in der GUS die Kontrolle Russlands über die anderen GUS-Republiken zu- und gleichzeitig deren eigene Bewegungsfreiheit abnimmt.

Auf Russland entfallen etwa drei Viertel des Territoriums der GUS, es stellt etwa die Hälfte ihrer Bevölkerung und ist in praktisch allen

¹² Sumarokov, Leonid: Tjan'-Šanskij rubež Rossii (Die Tjan-Schansker Grenze Russlands). In: Krasnaja zvezda, 26.1.2008. <http://www.redstar.ru/2008/01/26_01/3_01.html>, abgerufen am 28.1.2008.

Belangen stärker als die anderen postsowjetischen Republiken zusammengenommen. Das politische, wirtschaftliche, militärische, wissenschaftliche, kulturelle usw. Übergewicht Russlands ist so groß, dass eine wenigstens tendenziell gleichberechtigte Integration in der GUS selbst dann schwierig gewesen wäre, wenn sie Moskau politisch angestrebt hätte. Zudem stellt sich die Frage, worauf eigentlich die „Integration“ von Ländern hinauslaufen soll, die noch wenige Jahre zuvor gleichermaßen zu einem einzigen sehr zentralistisch regierten Staat, der UdSSR, gehörten. Aus all diesen Gründen steht hier der Begriff „Integration“ in Anführungszeichen.

Selten, aber doch wurde in westeuropäischen Quellen die „Integration“ in der GUS als „Fortsetzung der Sowjetunion mit anderen Mitteln“ bezeichnet.¹³ Es gibt in Russland bedeutende Parteien und Bewegungen (darunter die in der Staatsduma vertretene und insbesondere in den 1990er-Jahren starke KPRF sowie Wladimir Schirinowskijs ultranationalistische „Liberal-demokratische Partei Russlands“/LDPR, die auch noch Finnland, Polen und Alaska an ein solches „Großrussland“ anschließen will), welche überhaupt die Auferstehung der UdSSR in ihren Programmen haben. Der „Rote Stern“ stellte 2004 eine „Reintegration“ der ehemaligen Sowjetrepubliken als Vorstufe zu einer Wiederherstellung der Sowjetunion unter dem Namen „Eurasische Union“ dar.¹⁴

Das offizielle Russland strebt(e) in der GUS bzw. im Rahmen anderer Initiativen zur „Integration“ nach der Schaffung von „übernationalen Organen“, an die die Mitglieder nationale Vollmachten delegieren sollen, was es ihm – als dem mit Abstand einflussreichsten Land im „postsowjetischen Raum“ und damit zwangsläufig auch in allen GUS-Gremien – ermöglichen würde, auf die Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik der anderen GUS-Staaten erheblichen Einfluss zu

¹³ Wendland, Veronika: Die ukrainischen Länder 1945 bis 1993. In: Golczewski, Frank (Hg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993, S. 269-312, hier S. 305.

¹⁴ Tichonov, Aleksandr: Šag v Evrazijskij sojuz. Reintegracija nabiraet oboroty (Ein Schritt in die Eurasische Union. Die Reintegration gewinnt an Schwung). In: Krasnaja zvezda, 16.9.2004. <http://www.redstar.ru/2004/09/16_09/1_01.html>, abgerufen am 31.8.2009.

nehmen. Dieses Ziel verfolgte etwa die Initiative eines „Einheitlichen Wirtschaftsraumes“, den die Präsidenten Russlands, der Ukraine, Belarus’ und Kasachstans 2003 vereinbarten. Dessen Gründungsdokumente postulierten die Schaffung eines „einheitlichen Regulierungsorgans“, an das die Teilnehmerstaaten bestimmte Kompetenzen delegierten sollten und das für alle verbindliche Entscheidungen zu fällen hätte.¹⁵

Der „Rote Stern“ meinte 2007 offen: „Die nationalen Interessen der Russländischen Föderation im postsowjetischen Raum bestehen aus der Entwicklung multilateraler, beiderseitig vorteilhafter Beziehungen mit den GUS-Ländern und ihrer maximalen Einbindung in die russische Interessensphäre.“¹⁶ Iwan Iwanow, ehemals stellvertretender Außenminister Russlands und dann stellvertretender Direktor des Europainstituts der Akademie der Wissenschaften, lehnte einen EU-Beitritt Russlands mit folgender Begründung ab: „Mächte dieser Größenordnung treten nicht fremden Bündnissen bei, sondern bilden eigene.“¹⁷ Der damals neue Chefredakteur der Wochenzeitung „Moskauer Nachrichten“, der Nationalist und Kreml-Vertraute Vitalij Tretjakow, meinte Anfang 2006 im Hinblick auf die GUS: „Die vom Kreml angenommene Doktrin der ‚souveränen Demokratie‘ schließt aus, dass Russland sich irgendwelchen internationalen Koalitionen unterstellt, sondern geht umgekehrt davon aus, dass es eigene

¹⁵ Der Anfang 2005 angetretene Präsident Juschtschenko zeigte sich gegenüber dem „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ von Anfang an erheblich skeptischer als sein Vorgänger Leonid Kutschma. Für die (damals) neue Führung in Kiew war klar, dass es sich beim Einheitlichen Wirtschaftsraum weniger um ein für alle Teilnehmer potenziell vorteilhaftes ökonomisches Integrationsprojekt denn um eine geopolitische Initiative Moskaus handelt, die darauf abzielt, die Ukraine, Belarus und Kasachstan – d. h. die beiden anderen ostslawischen Staaten sowie den flächenmäßig größten nichtslawischen GUS-Staat mit einer bedeutenden „russischsprachigen“ Minderheit – fester als bisher an Russland zu binden und so zu verhindern, dass sie sich an (angeblichen) „antirussischen“ Initiativen beteiligen.

¹⁶ Maruev, Aleksej: Geostrategija Rossii: prioritet nacional’nych interesov (Die Geostrategie Russlands: Priorität der nationalen Interessen). In: Krasnaja zvezda, 12.12.2007. <http://www.redstar.ru/2007/12/12_12/2_04.html>, abgerufen am 1.9.2009.

¹⁷ Iwanow, Iwan: In der EU fehlt es an Weitblick. In: Die Zeit, 18.1.2001, S. 2.

Koalitionen in den kanonischen (!) Räumen seiner historischen Präsenz und seines Einflusses bildet.“¹⁸ Und Sergej Karaganow, einer der einflussreichsten außen- und sicherheitspolitischen Analytiker Russlands, ist kaum zu widersprechen, wenn er erklärte, dass die „Sicherung des russischen Einflussbereichs im Raum der ehemaligen Sowjetunion“ nicht nur ein „Elitenkonsens“ in Russland, sondern überhaupt „eine Frage der nationalen Identität“ sei.¹⁹ Der deutsche UdSSR- und GUS-Experte Gerhard Simon fasste zusammen, dass sich Russland nach 1991 seine eigene „Integrationszone“ aufgebaut habe, „das heißt, es wollte integrieren, statt sich zu integrieren.“²⁰

Die Einstellungen gegenüber der GUS als eines bedeutenden Instruments der „Integration“ nach russischen Vorstellungen sind in den postsowjetischen Republiken ganz verschieden. Als besonders „prorussisch“ gelten Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan, die praktisch alle „Integrations“-Alternativen Moskaus mittragen. Diese Länder sind denn auch (mit der Ausnahme Armeniens) Mitglieder einer „Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft“. Aus Moskauer Sicht skeptisch, kritisch oder ablehnend gegenüber der GUS sind die Ukraine, Georgien und Aserbaidschan. Usbekistan hatte zeitweise (und insbesondere bis 2005, als es die seit 2001 im Land stationierten US-Truppen des Landes verwies) eine schlechte Presse in Russland,²¹ und im Sommer 2009 zeigte sich Taschkent von der russischen Absicht verstimmt, in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, konkret im südkirgisischen Osch, eine Militärbasis einzurichten. In der Moldau kehrten die Kommunisten mit einem dezidiert prorussischen Programm

¹⁸ Tret'jakov, Vitalij: Russkaja Azija. Čem zapolnit' centrzijskij vakuum (Das russische Asien. Womit man das zentralasiatische Vakuum ausfüllen kann). In: Moskovskie novosti, 3.3.2006, S. 3.

¹⁹ Zitiert nach: 12. Schlangenbader Gespräch. Krise und Entscheidung: die internationale Ordnung auf dem Prüfstand. Schlangenbad, 30. April bis 2. Mai 2009. Veranstalter: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung / Konrad-Adenauer-Stiftung in der Russischen Föderation, Moskau. Frankfurt a.M. 2009, S. 13.

²⁰ Simon, Gerchard: Perebežčiki v NATO (Überläufer in die NATO). In: NP-Dipkur'er (Beilage zur Nezavisimaja gazeta), 19.5.2008, S. 17.

²¹ Vgl. Malek, Martin: Current Russian Geopolitical Concepts in Asia: A Special Focus on Uzbekistan and Iran. In: Hauser, Gunther / Kernic, Franz (eds.): China: The Rising Power. Frankfurt a.M. u.a. 2009, S. 123-146.

2001 an die Macht zurück, mussten sie aber im Sommer 2009 nach knapp verlorenen Parlamentswahlen an die vereinigte Opposition abgeben. Turkmenistan mit dem bizarren Regime von Präsident Saparmurad Nijasow hatte 1995 seine Neutralität erklärt und verfolgte einen isolationistischen Kurs, den sein Nachfolger Gurbanguly Berdimuchammedow ab 2007 etwas lockerte.

7. „Begrenzte Souveränität“ der nichtrussischen GUS-Staaten?

Russland, Belarus sowie prorussische Parteien, Medien und Politiker in anderen GUS-Staaten äußern ständig Beschwerden über die ihrer Meinung nach unzureichende „Integration“ in der GUS. So heißt es, dass der Großteil der in der GUS unterzeichneten Dokumente nicht effektiv umgesetzt werde.²²

Moskau würde klar die GUS als multilaterales Forum bilateralen Vereinbarungen mit den ehemaligen Sowjetrepubliken vorziehen. Schon im Sommer 1992 hatte der bekannte Publizist, Politologe und nachmalige Jelzin-Berater Andranik Migranjan (ein ethnischer Armenier, der allerdings entschieden russisch-nationalistische Ansichten vertritt) in der russischen Regierungszeitung verlautbart, dass die GUS-Mitglieder weder das Recht haben, mit dritten (d.h. nicht der GUS angehörenden) Staaten militärpolitische Bündnisse einzugehen noch sich untereinander ohne Russland zusammenzuschließen (was dann etwa in Gestalt der GU[U]AM – wenngleich wenig effizient – doch geschah; vgl. dazu unten). Wörtlich schrieb Migranjan: „Nicht die internationalen Strukturen, nicht die USA oder die NATO, sondern Russland muss der schicksalbestimmende Faktor im geopolitischen Raum der ehemaligen

²² Angeblich wurden zwischen Dezember 1991 und Juni 2000 im Rahmen der GUS 1.052 Dokumente unterzeichnet. Davon traten 888 (= 84,4%) mit der Unterzeichnung in Kraft. 164 bedurften der Ratifizierung. Davon sind nur acht in allen GUS-Staaten in Kraft getreten; nach Kazachstanskaja pravda, 21.12.2002.

UdSSR werden.“²³ An dieser Überzeugung hält man in Moskau bis heute fest.

Im erwähnten Jelzin-Erlass „Der strategische Kurs Russlands gegenüber den Teilnehmerstaaten der GUS“ wurde offen ausgesprochen, dass „im Zusammenwirken mit dritten Ländern und internationalen Organisationen von ihrer Seite Verständnis erreicht werden“ solle, dass die GUS „vor allem Interessenzone Russlands ist“.²⁴ In der „Konzeption für Außenpolitik“ Russlands aus dem Jahr 2000 (die 2008 in einer neuen Fassung herauskam) hieß es unmissverständlich, dass die GUS-Republiken „auf gebührende Weise die Interessen der Russländischen Föderation berücksichtigen“ müssten.²⁵ In der Praxis versuchte Moskau zeitweise, gegenüber bestimmten GUS-Staaten „Sonderinteressen“ und ein (natürlich inoffizielles) Mitspracherecht auch in inneren Angelegenheiten geltend zu machen. Russland will den GUS-Republiken offenbar nur eine „beschränkte Souveränität“ zugestehen, d.h. ihr Recht auf die Regelung der eigenen Angelegenheiten soll dort enden, wo Interessen Moskaus (subjektiv betrachtet) negativ tangiert würden.

Im „Institut für die Länder der GUS“, einem von dem Nationalisten Konstantin Satulin geleiteten Think-Tank, geht man davon aus, dass die bloße *Mitgliedschaft* eines Landes in der GUS „gemeinsame Interessen“ mit den anderen GUS-Ländern konstituiert.²⁶ Diese versucht Russland ganz eindeutig weitgehend alleine zu definieren. De facto nimmt es in der GUS politisch, wirtschaftlich und militärisch eine Stellung ein, die

²³ Migranjan, Andranik: Podlinnye i mnimye orientiry vo vnešnej politike (Echte und angebliche Richtlinien in der Außenpolitik). In: Rossijskaja gazeta, 4.8.1992, S. 7.

²⁴ Strategičeskij kurs Rossii s gosudarstvami – učastnikami Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv (Anm. 11), S. 6846.

²⁵ Koncepčija vnešnej politiki Rossijskoj Federacii (Konzeption für Außenpolitik der Russländischen Föderation), z.B. in: Ivanov, Igor': Novaja rossijskaja diplomatija. Desjat' let vnešnej politiki strany. Moskva 2002, S. 223.

²⁶ Meinung des stellvertretenden Institutsdirektors Wladimir Romanenko, nach: Glikin, Maksim: Ustavam OON i SNG vozmožnaja akcija Rossii ne protivorečit. In: Nezavisimaja Gazeta, 13.9.2002, S. 2.

hinsichtlich des Ausmaßes an Dominanz der seinerzeitigen Position der UdSSR im Warschauer Pakt ähnlich ist.²⁷

8. Die GUS als „Sanktuarium“ Russlands?

Zahlreiche Äußerungen aus der Politik, dem Militär, den Medien und der Öffentlichkeit Russlands zeigen, dass die GUS als Region angesehen wird, in der sich russische und „westliche“ Einflüsse überschneiden und miteinander konkurrieren. Dabei möchte sich Russland seinen (militär-)politischen und ökonomischen Einfluss möglichst nicht von (west)europäischen und euro-atlantischen Organisationen relativieren lassen. Die GUS-Länder sollen sich konkret von der NATO fernhalten und sich stattdessen politisch und militärisch an Moskau orientieren – sowohl im Rahmen der „Integration“ in der GUS als auch in bilateralen Kooperationen mit Russland. Zudem sollen die ehemaligen Sowjetrepubliken auch wirtschaftlich auf Russland und die GUS fixiert bleiben und etwa russischem Kapital bevorzugte Bedingungen bei der Privatisierung einräumen.

Moskau gelingt es allerdings nicht im von ihm erwünschten Ausmaß, dritte Mächte aus der GUS fernzuhalten. Eine wichtige „Niederlage“ aus russischer Sicht war die Militärpräsenz der USA und anderer westlicher Staaten im ehemals sowjetischen Mittelasien (Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan) ab Frühherbst 2001, d.h. im Gefolge der Terroranschläge in New York und Washington vom 11. September 2001, zwecks Bekämpfung der Taliban und der „Al-Qaida“ Osama bin Ladens in Afghanistan. In Russland bestand weitgehende Einigkeit darüber, dass –

²⁷ Auf die (natürlich inoffizielle) „Breschnjew-Doktrin“ bezogen sich Seidl-Hohenveldern und Stein im Kapitel „Grenzen der Souveränität“ ihres Völkerrechtslehrbuches, um im nächsten Satz auf die GUS hinzuweisen, in der Russland „eine bevorzugte Stellung“ anstrebe (Seidl-Hohenveldern, Ignaz / Stein, Torsten: Völkerrecht. Köln u.a. 2000, S. 138.). Auf diesen Aspekt der Lage in der GUS kam Seidl-Hohenveldern auch an anderer Stelle zu sprechen – im Unterabschnitt „Protektorate“ eines Kapitels über „Staaten mit begrenzter Handlungsfähigkeit“; vgl. Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Die Staaten. In: Neuhold, Hanspeter / Hummer, Waldemar / Schreuer, Christopher (Hrsg.): Österreichisches Handbuch des Völkerrechts. Bd. 1: Textteil. Wien 1997, S. 134-164, hier S. 148f.

wenn schon die Ankunft westlichen Militärs im ehemals sowjetischen Mittelasien nicht zu verhindern war – nun alles zu tun ist, um es so rasch wie möglich wieder zum Abzug zu bewegen. Die Abzugsaufforderung der usbekischen Regierung an die USA im Juli 2005 war dann auch ein wichtiger Erfolg Moskaus bei der Zurückdrängung von angeblichem oder tatsächlichem westlichem Einfluss im ehemals sowjetischen Mittelasien.

Russische Quellen nennen eine „abgestimmte Politik“ in den Bereichen internationale Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Aufbau von Streitkräften unter den Zielen der Moskauer Politik in der GUS oft an erster Stelle.²⁸ In der Praxis hat Russland immer wieder versucht, die anderen GUS-Staaten auf eine „gemeinsame“ – d.h. seine – außen- und sicherheitspolitische Linie zu verpflichten. Das zeitigte aber nicht immer die erhofften Erfolge, denn zeitweise wurde Moskau nur von seinen ohnedies engen Verbündeten Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan unterstützt. Das betraf etwa die Einstellung zur NATO, ihrer Osterweiterung, der Operation „Allied Force“ gegen Restjugoslawien im Frühjahr 1999 (zur Beendigung „ethnischer Säuberungen“ an Albanern im Kosovo) sowie zur Irak-Intervention der USA 2003.²⁹

²⁸ Vgl. z.B. Lukašuk, Igor': Meždunarodnoe pravo. Osobennaja čast' (Völkerrecht. Besonderer Teil). Moskva 2001, S. 45f.

²⁹ Moskau versuchte das ganze Jahr 2002 über, in der GUS eine gemeinsame Front gegen die damals in Vorbereitung befindliche amerikanisch-britische Militäraktion im Irak aufzubauen. Insbesondere sollte kein GUS-Land den USA dafür Stützpunkte zur Verfügung stellen. Beim Gipfel der GUS-Präsidenten am 7. Oktober 2002 kristallisierte sich dazu jedoch keine einheitliche Meinung heraus. Am 1. November 2002 schloss der tadschikische Präsident Emomali Rachmonow (an sich ein enger Verbündeter Russlands) eine Zurverfügungstellung des Territoriums seines Landes für eine US-Militäraktion gegen den Irak nicht aus. Dadurch sah Moskau seine Irakpolitik und überhaupt den Zweck des Vks aus seiner Sicht – „Erhaltung seines traditionellen Einflussbereichs“ in der GUS – gefährdet (Elenskij, Oleg: Moskva davit na DKB [Moskau übt Druck auf den Vks aus]. In: Nezavisimaja gazeta, 6.11.2002, S. 5). Es war unklar, ob dann Moskauer Einfluss bzw. Druck zu einer Haltungsänderung Duschanbes führte. Jedenfalls lehnte am 10. Dezember 2002 der Sekretär des Sicherheitsrates Tadschikistans, Amirkul Asimow, US-Luftschläge gegen den Irak von Flugplätzen seines Landes aus doch ab. Auch Kirgisien wandte sich gegen US-Angriffe auf den Irak von seinem Gebiet aus. In russischen Quellen wurde es immer wieder als

Am 28. Oktober 2002, nur zwei Tage nach dem gewaltsamen Ende einer von einem tschetschenischen Kommando in einem Moskauer Musicaltheater durchgeführten Geiselnahme, erklärte Putin auf einer Versammlung mit Regierungsmitgliedern den „Terrorismus“ zum Hauptfeind Russlands. Eine politisch zentristische Moskauer Zeitung zog daraus den Schluss, dass die NATO nun nicht mehr der (wörtlich) „Hauptgegner“ Russlands sei, und stellte Überlegungen über weit reichende Konsequenzen auch auf die Militärpolitik Moskaus in der GUS an: „Mit Russland müssen auch die GUS-Staaten ihre entsprechenden Pläne ändern, weil die Armeen der GUS [...] durch einen einheitlichen strategischen Plan verbunden sind. Als Beispiel kann man das einheitliche Luftabwehrsystem der GUS nennen.“³⁰ Zwar war nicht klar, welche Rolle dieses System beim Umgang mit Geiselnahmen in einer Großstadt spielen könnte, doch schien die Bekämpfung „des Terrorismus“ (in seinem russischen Verständnis) gegen Ende 2002 geeignet zu sein, den Druck auf die GUS-Staaten zur Übernahme der Bedrohungswahrnehmung Moskaus zu erhöhen und sich entsprechend auszurichten.

Allerdings hatte Moskau bis dahin seine Perzeption der NATO als einer „gemeinsamen Gefahr“ lange nicht allen GUS-Ländern eindringlich genug vermitteln können, und daher war von Anfang an nicht gesichert, dass es mit „dem Terrorismus“ besser funktionieren würde. Zudem zählte im Jahr 2002 ausgerechnet ein GUS-Land, nämlich Georgien, nach übereinstimmender Einschätzung zahlreicher russischer Medien und politischer Kommentatoren zu den wahrscheinlichsten Zielen russischer Militäroperationen gegen „Terroristen“. Konkret ging es um die angebliche Präsenz von tschetschenischen Kämpfern im nordgeorgischen Pankisi-Tal, wo Russlands Außenminister Igor Iwanow

möglich oder wahrscheinlich dargestellt, dass die USA von Georgien oder ihrem usbekischem Stützpunkt Chanabad aus den Irak bombardieren könnten. Allerdings stellten sich die russischen Sorgen als völlig unbegründet heraus, da das Territorium der GUS beim amerikanischen Vorgehen gegen den Irak keinerlei Rolle spielte.

³⁰ Poroskov, Nikolaj / Špak, Vladimir: Drugoj vrag. Mesto NATO zanjat terrorizm (Ein anderer Feind. Der Terrorismus hat den Platz der NATO eingenommen). In: Vremja Novostej, 29.10.2002. <<http://www.vremya.ru/2002/200/4/28619.html>>, abgerufen am 21.9.2009.

sogar Osama bin Laden vermutete.³¹ Russische Kampfflugzeuge bombardierten 2001 und 2002 immer wieder Gebiete im Norden Georgiens, und im Sommer 2002 drohten Moskauer Offizielle mit Putin an der Spitze offen mit Krieg, weil Georgien tschetschenische Kämpfer auf seinem Territorium dulde und sie auch in ihrem Kampf gegen die russische Armee in Tschetschenien unterstütze; Moskauer Zeitungen veröffentlichten bereits Pläne zum Einmarsch in Georgien.³² Dieser erfolge dann freilich erst 2008 – und unter einem ganz anderen Vorwand als der „Terrorbekämpfung“.

9. Keine „antirussischen“ Regimes in der GUS

Russische Vertreter erheben gegenüber den anderen GUS-Staaten immer wieder Forderungen, die – würden sie etwa von westlichen Stimmen gegenüber Moskau geäußert – zweifellos als „unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten“ verurteilt und empört zurückgewiesen würden. In Moskau ging man stets wie selbstverständlich davon aus, dass es in den GUS-Staaten keine Regimes geben sollte, die Russland (seiner Meinung nach) „feindselig“ gegenüberstehen.³³ Zwar behaupten manche Quellen eine russische Verwicklung in den Sturz der rechtmäßig gewählten (wenngleich dann gleichermaßen unglücklich agierenden) nationalistischen Präsidenten Swiad Gamsachurdia (Georgien)³⁴ und

³¹ Vernidoub, Artyom: Bin Laden and U.S. Troops Welcome in Georgia. In: Gazeta, 19.2.2002. <<http://www.gazeta.ru/2002/02/19/BinLadenandU.shtml>>, abgerufen am 1.9.2009.

³² Vgl. z.B. Polkovnikov, Petr: Genštab gotovit blickrig (Der Generalstab bereitet einen Blitzkrieg vor). In: Nezavisimaja gazeta, 13.9.2002. <http://www.ng.ru/politics/2002-09-13/1_genshtab.html>, abgerufen am 21.9.2009; Safronov, Ivan: Scenarij vojny v Gruzii. In: Kommersant', 16.9.2002, S. 10.

³³ Serebrjannikov, V. V. u.a.: Bezopasnost' Rossii i armija (Die Sicherheit Russlands und die Armee). Moskva 1995, S. 241.

³⁴ So hieß es „sogar“ in der russischen Presse, dass der Plan zur Erstürmung des Bunkers in Tbilisi, in den sich der massiv von bewaffneten Oppositionellen bedrängte Gamsachurdia mit einigen Getreuen Ende Dezember 1991 geflohen hatte, von einer Spezialeinheit des Moskauer Sicherheitsministeriums ausgearbeitet wurde (Martin Malek: Die europäische Dimension der Sicherheitspolitik Rußlands. Grundlagen – aktuelle Entwicklungen – Perspektiven. Schriftenreihe des Instituts für Außen- und Sicherheitspolitik – IAS, Bd.1. Wien 1997, S. 117).

Abulfəz Elçibey (Aserbaidſchan) Anfang 1992 bzw. Mitte 1993, doch dürfte ſich eine ſolche kaum jemals definitiv beweisen laſſen. Jedenfalls kehrten in beiden Fällen als proruffiſch eingestufte Politiker und ehemalige Mitglieder des Politbüros der bis 1991 regierenden Kommuniſtiſchen Partei der Sowjetunion (KPdSU), nämlich Eduard ſchewardnadse und Haydar Alijew, an die Macht in Tbilisi bzw. Baku zurück.³⁵ Vor allem erſterer erfüllte die Moskauer Hoffnungen und Forderungen jedoch bald wieder nicht (obwohl ſchewardnadse Georgien in die GUS führte und Ruſſland Militärſtützpunkte einräumte), ſo daſſ in Ruſſland immer wieder – und beſonders ſeit Beginn des zweiten Tſchetschenienkrieges im September 1999 – offene Überlegungen über die „Notwendigkeit“ ſeiner Abſetzung oder ſogar eine definitive territoriale Zerschlagung Georgiens angeſtellt wurden. So hielt eine Moskauer Zeitung 2002 feſt, daſſ „im Prinzip Ruſſland die Machtübernahme eines proruffiſchen Regimes oder ſogar der Zerfall Georgiens [...] ſehr paſſen würde.“³⁶ Während der „Revolution der Roſen“ im November 2003 – d.h. der Maſſendemonſtrationen gegen offenkundige Fäliſchungen der Parlamentswahlen – vermochte Moskau angeſichts des „drohenden“ Aufſtiegs des von ihm als beſonders „nationaliſtiſch“ und „proameriſaniſch“ eingestuften Oppositionsführers Micheil Saakaſchwili jedoch wieder poſitive Seiten an ſchewardnadse auszumachen. Das rettete ſchewardnadse jedoch nicht; er mußte dem zunehmenden Druck der Opposition weichen, und im Jänner 2004 wurde Saakaſchwili zum Präſidenten gewählt. Der über Monate hinweg vorbereitete ruſſiſche Einmarsch in Georgien im Auguſt 2008³⁷ verfolgte *auch* das Ziel, ihn zu ſtürzen; es wurde bekanntlich nicht erreicht, doch zerbrach Moskau durch die Anerkennung der beiden proruffiſchen ſeparatiſtiſchen Provinzen Südoſſetien und Abchaſien als

³⁵ ſchewardnadse war 1972 bis 1985 1. Sekretär der Kommuniſtiſchen Partei der Georgiſchen Sowjetrepublik geweſen, Alijew war 1967 bis 1969 KGB-Chef und dann bis 1982 1. Sekretär der Kommuniſtiſchen Partei der Aſerbaidſchaniſchen Sowjetrepublik.

³⁶ Vremja MN, 24.9.2002, S. 1.

³⁷ Zu den ruſſiſchen Vorbereitungen vgl. Malek, Martin: Georgia & Russia: The “Unknown” Prelude to the “Five Day War”. In: Caucasian Review of International Affairs, Vol. 3 (2) – Spring 2009. <http://www.cria-online.org/7_10.html>, abgerufen am 7.5.2009.

„unabhängige Staaten“ die territoriale Integrität Georgiens wohl endgültig.

Der stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration, Wladislaw Surkow, galt geraume Zeit als einer der wichtigsten Ideologen der russischen GUS-Politik. Stellvertretend für die ganze politische Elite Russlands ging er davon aus, dass es für Moskau umso vorteilhafter ist, je „linker“ die Regierungen in den GUS-Staaten und im Baltikum sind. Daher trat er für die Schaffung eines „roten Gürtels“ um Russland ein.³⁸ Folglich begrüßte Moskau die Rückkehr der moldauischen Kommunisten an die Macht (2001). In der Ukraine erlitt die Moskauer Strategie anlässlich der Wahlen zur Obersten Rada (Parlament) am 31. März 2002 einen Rückschlag, als der nationaldemokratische Block „Unsere Ukraine“ von Ex-Ministerpräsident Viktor Juschtschenko (vor dem u.a. der russische Botschafter Viktor Tschernomyrdin „gewarnt“ hatte) mit 23,57% der abgegebenen Stimmen auf den Parteilisten den Sieg davontrug. Den prorussischen Kommunisten, welche die Parlamentswahlen 1994 und 1998 jeweils überlegen für sich entschieden hatten, blieb mit 19,98% nur der zweite Platz. Die russische Staatsduma versuchte dann, die Regierungsbildung in der Ukraine zu beeinflussen, indem sie Kutschma „abriet“, Juschtschenko wieder zum Premier zu machen. Es ist unklar, inwieweit dabei Lobbying bzw. Einfluss Moskaus eine Rolle gespielt hat, doch wählte auf Vorschlag Kutschmas die Oberste Rada am 21. November 2002 Viktor Janukowitsch, einen pronouncierten Vertreter der östlichen Ukraine, zum neuen Regierungschef. Moskau versuchte dann zwei Jahre später nach Kräften, die Wahl des als „prowestlich“ verunglimpften Juschtschenko zum Präsidenten zu verhindern, und unterstützte politisch und propagandistisch die Kandidatur Janukowitschs. Dieser musste sich aber nach unerwartetem Widerstand aus der Bevölkerung gegen zu offensichtlich gewordene Fälschungen und Manipulationen der Wahlen geschlagen geben („Orange Revolution“), womit der russische Versuch des Exports des eigenen Modells der „gelenkten Demokratie“ in die Ukraine vorerst gescheitert war.

³⁸ Nach: Novye Izvestija, 25.9.2002, S. 2.

Bei den nächsten Präsidentenwahlen im Jänner 2010 bietet sich allerdings eine neue Möglichkeit. Janukowitsch führt in sämtlichen Meinungsumfragen und zeigte sich bereits im Sommer 2009 siegesgewiss. Die nachdrückliche Unterstützung Moskaus ist ihm sicher, stellt er doch in Aussicht, Russisch zur zweiten Staatssprache der Ukraine zu machen, die russische Schwarzmeerflotte über das Jahr 2017 (in dem das derzeit gültige Pachtabkommen auslaufen würde) in ihren Stützpunkten auf der Krim zu belassen und sich generell stark an Russland anzulehnen. Alle diese Punkte werden vom nationaldemokratischen Teil des ukrainischen politischen Spektrums, das in der Westukraine und in Kiew dominiert, allerdings entschieden abgelehnt.

Das vorläufige Scheitern der Moskauer Ukrainepolitik löste im Herbst 2004 in der politischen Elite und in den Medien Russlands eine intensive Debatte über die „Gefahren“ so genannter „bunter Revolutionen“ aus. Sie wurde durch den Sturz von Präsident Askar Akajew in Kirgisien am 24. März 2005 („Tulpenrevolution“³⁹) weiter angeheizt, auch wenn mit Kurmanbek Bakijew ein alles andere als „antirussischer“ Nachfolger antrat. Die russische Angst vor weiteren Umstürzen in GUS-Ländern (und v.a. in Belarus), die prorussische Machthaber beseitigen könnten, blieb erhalten bzw. nahm noch zu. Verschwörungstheorien „bereicherten“ den einschlägigen russischen Diskurs. So war die Meinung populär, dass der Sturz der Führungen in Serbien (2000), Georgien (2003) und der Ukraine (2004) von „einem Puppenspieler“ (gemeint: die USA) zu verantworten sei, der „von der Zerstörung der russischen Positionen im postsowjetischen Raum träumt.“⁴⁰ Den USA gehe es – so Wjatscheslaw Daschitschew von der Russländischen Akademie der Wissenschaften (am Ende der 1980er-Jahre einer der „Vordenker“ einer „neuen“ Außenpolitik der UdSSR unter Michail Gorbatschow) – bei den von ihnen „organisierten, finanzierten und

³⁹ Expräsident Askar Akajew warf „dem Westen“ vor, hinter der „Tulpenrevolution“ zu stehen (Interview, in: Zygar', Michail: Askar Akaev: Ja sam rastil Bakieva. In: Kommersant', 11.7.2005, S. 1).

⁴⁰ Evrazija, janvar' 2005 (#33), S. 41.

durchgeführten“ „bunten Revolutionen“ um die Schaffung eines „Cordon sanitaire“ um Russland.⁴¹

Dem autokratischen usbekischen Präsidenten Islam Karimow leistete das offizielle Moskau massiv Schützenhilfe: Es machte für eine Aufstandsbewegung in der ostusbekischen Stadt Andischan im Mai 2005, die von Sicherheitskräften blutig unterdrückt wurde (was Hunderte Tote forderte), u.a. „tschetschenische Terroristen“ verantwortlich.⁴² In Putins Präsidentialadministration wurde im März 2005 der erfahrene „Polittechnologe“ Modest Kolerow mit der Leitung einer neu geschaffenen „Verwaltung für interregionale und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland“ betraut, deren (inoffizielle) Hauptaufgaben aus der Verhinderung weiterer „bunter Revolutionen“ in der GUS und der Bekämpfung von angeblichem „westlichem Einfluss“ in der Region bestanden.⁴³ Ein weiterer Aspekt betraf die zeitweise überaus emotional diskutierte Frage, ob eine „bunte Revolution“ auch in Russland selbst möglich wäre. Der Kreml ergriff jedenfalls verschiedene politische, publizistische und propagandistische Initiativen (so die verstärkte Indoktrinierung der Jugend, z.B. mit der Organisation „Naschi“ – „Die Unseren“), um eine solche zu verhindern, obwohl es nie reale Anzeichen für eine solche „Gefahr“ gab.

10. „Hebel“ Russlands in der GUS

Ein russisches Lehrbuch für die Geschichte der UdSSR stellte fest, dass die GUS *als solche* ein „Hebel“ sei, mit dem Russland „seine Partner in der GUS – und besonderes die Ukraine – vereinigen und beeinflussen

⁴¹ Zitiert nach: Bischof, Burkhard: Feindbild USA: Die „stille Eroberung“ Russlands. In: Die Presse, 21.10.2005, S. 8.

⁴² Diese Ansicht wurde u.a. von Außenminister Sergej Lawrow verbreitet; vgl.: Lavrov Sees a Chechen Hand in Andijan. In: The Jamestown Foundation – Chechnya Weekly, Volume 6, Issue 22 (June 08, 2005).

⁴³ 2003 hatte Kulerow in der „Russischen Zeitschrift“ formuliert: „Die Okkupation des Baltikums ist für Russland unvorteilhaft, aber wenn sie sich plötzlich doch als vorteilhaft erweisen sollte, gibt es keine formalen Hindernisse dafür“ (zitiert nach: Izbrannye mesta iz Modesta Kolerova. O vnutrennej politike. In: Kommersant', 23.3.2005, S. 3).

kann.⁴⁴ Konkret stehen Moskau mehrere „Hebel“ zur Einflussnahme auf die anderen postsowjetischen Republiken zur Verfügung, so

- wirtschaftliche Abhängigkeiten (u.a. bei Lieferungen von Energieträgern wie Erdöl, Erdgas und Uran für Kernkraftwerke);
- militärische und militärpolitische Kooperation;
- Unterstützung prorussischer separatistischer Bewegungen;
- Unterstützung der russischen Minderheiten in den GUS-Staaten;
- Beeinflussung der Zusammensetzung der herrschenden Eliten u.a. durch die politische, finanzielle, propagandistische usw. Unterstützung bestimmter Parteien, Bewegungen und Einzelpersonen bei Wahlen;
- Schaffung eines schlechten internationalen Images „illoyaler“ postsowjetischer Republiken (und insbesondere Georgiens, der Ukraine sowie der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen); sowie
- die Russisch-orthodoxe Kirche.

Hier können nur einige ausgewählte Aspekte behandelt werden.

Wirtschaft

Russlands starke Position in der GUS beruht zu einem erheblichen Ausmaß auf wirtschaftlichen Abhängigkeiten. So sind viele GUS-Staaten massiv auf russische Roh- und Brennstoffe angewiesen. Wie bereits unter dem „Demokraten“ Jelzin westeuropäische Beobachter anmerkten, denen ganz bestimmt keine „Russophobie“ (– eine in Moskau populäre Antwort auf angebliche oder tatsächliche Kritik aus dem Ausland) vorgeworfen werden kann, versucht Moskau, „den alten Energiekomplex der Sowjetunion mit den dazugehörigen Infrastrukturen (Pipelines) der Nachbarstaaten seiner Kontrolle zu unterstellen.“⁴⁵ Darüber wird mitunter auch ganz offen gesprochen. So meinte der damalige Energieminister Jurij Schafranik 1994: „Russland muss

⁴⁴ Munčaeu, Šamil' / Ustinov, Viktor: Istorija Sovetskogo gosudarstva (Die Geschichte des Sowjetstaates). Moskva 2002, S. 652.

⁴⁵ Rahr, Alexander: Die Sicherung der Energietransportwege. Eine strategische Aufgabe für Rußland. In: Internationale Politik, 1/1997, S. 25-30, hier S. 26.

Zugang zu den Ressourcen der GUS-Staaten haben. Wir haben das [...] doch alles geschaffen.“⁴⁶ Die derzeitige offensive „Energieaußenpolitik“ Russlands ist somit keineswegs unter Putin entstanden⁴⁷; ihre Wurzeln reichen in die 1990er-Jahre, also die Regierungszeit Jelzins, zurück. Seit damals versucht Moskau mit wechselndem Erfolg, „strategische“ Betriebe (darunter auch und gerade zur Energieversorgung) sowie wichtige Infrastruktur – und insbesondere Pipelines, aber auch Häfen – in den postsowjetischen Republiken, über die Energieträger auf internationale Märkte transportiert werden, unter seine Kontrolle zu bekommen. Eines der wichtigsten Motive für diese Strategie ist offenkundig, dass mit einer zunehmenden russischen Verfügung über Schlüsselbereiche der Volkswirtschaft der anderen postsowjetischen Republiken deren Möglichkeiten, nicht nur wirtschafts-, sondern auch außen- und sicherheitspolitisch einigermaßen eigenständig zu agieren, immer weiter eingeschränkt werden.

Militär- und Sicherheitspolitik

Eine aus Moskauer Sicht nicht minder bedeutende Ebene der „Integration“ betrifft die Militär- und Sicherheitspolitik. In Russland hoffte man nach dem Zerfall der UdSSR zunächst noch auf eine „gemeinsame“ GUS-Armee. Diese stellte sich zwar bald als unrealistisch heraus, doch traten russische Stimmen zumindest bis zur Mitte der 1990er-Jahre dafür ein. Mitte 1993 trat der Chef des GUS-Oberkommandos, der russische Marschall Jewgenij Schaposchnikow (der der letzte Verteidigungsminister der UdSSR gewesen war), zurück, da es quasi nichts mehr zu befehligen gegeben hatte. Das GUS-Oberkommando wurde aufgelöst,⁴⁸ das russische Verteidigungs-

⁴⁶ Zitiert nach Schofield, Clive / Pratt, Martin: Claims to the Caspian Sea. In: Jane's Intelligence Review, 2/1996, S. 75-79, hier S. 77; vgl. Holoboff, Elaine: Russia's draft energy security doctrine. In: Jane's Intelligence Review, 1/1997, S. 19-22, hier S. 20.

⁴⁷ Vgl. Malek, Martin: Die Energiesicherheit der EU bis 2030. Unter besonderer Berücksichtigung der Region des Kaspischen Meeres. IFK Aktuell (3/09, der Reihe ‚Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik‘ der Landesverteidigungsakademie [Wien]), August 2009.

⁴⁸ Vgl. Foye, Stephen: End of CIS Command Heralds New Russian Defense Policy? In: RFE/RL Research Report, 2.7.1993, S. 45-49.

ministerium übernahm die Kontrolle über die strategischen Kernwaffen der früheren UdSSR. Am Ziel einer möglichst engen militärpolitischen „Integration“ in der GUS hielt man in Moskau aber fest. Die von Moskauer Offiziellen ins Treffen geführte – und tatsächlich nicht zu bestreitende – Hintergründe sind „die einheitliche militärische Schule, die zahllosen Prüfungen vor allem [...] im Großen Vaterländischen Krieg, [...] einheitliche Waffensysteme, gemeinsame Dienstvorschriften, die vereinigende russische Sprache.“ Andere ebenfalls genannte Faktoren wie eine „Gemeinsamkeit der militärstrategischen Interessen“ und „echte Waffenbruderschaft“⁴⁹ standen und stehen dagegen durchaus in Frage – und zwar nicht nur zwischen Armenien und Aserbaidschan, die zwischen 1991 und 1994 um die in Aserbaidschan gelegene, mehrheitlich aber von ethnischen Armeniern bewohnte Exklave Berg-Karabach einen offenen Krieg austrugen. Moskau wollte jedenfalls in möglichst vielen GUS-Staaten „befreundete Armeen“ aufstellen, die gleichzeitig in militärisch-technischer Hinsicht völlig von Rußland abhängig sind.⁵⁰ Dazu gehört(e), dass sie weiter nur mit sowjetischen bzw. russischen Waffen ausgerüstet bleiben und die Offiziere in russischen Militärakademien ausgebildet werden. Letzteres zeugte etwa – da sowohl Armenien wie Aserbaidschan mit Russland fortgesetzt militärisch kooperieren – das kuriose Resultat, dass sich Soldaten aus Karabach (offiziell als Bürger Armeniens) und aus Aserbaidschan mitunter an russischen Militärakademien treffen.

Moskau strebte bereits unter Jelzin nach wiederholtem eigenem Bekunden einen „einheitlichen Verteidigungsraum im Rahmen der GUS bei einer organisierenden Rolle Russlands“ an.⁵¹ Am 15. Mai 1992, also

⁴⁹ Nikolaenko, Valerij: Kollektivnaja bezopasnost' Rossii i ee sojuznikov. Voenno-političeskaja integracija na postsovetском proststranstve (Die kollektive Sicherheit Russlands und seiner Verbündeten. Die militär-politische Integration im postsowjetischen Raum). Moskva 2003, S. 15.

⁵⁰ Manutscharjan, Aschot: Der Faktor Abchasien und die georgisch-russischen Beziehungen. Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 52/1996, S. 1.

⁵¹ So Armeegeneral Viktor Samsonow, damals noch Chef des Stabes zur Koordination der militärischen Zusammenarbeit in der GUS; zitiert nach Krasnaja zvezda, 28.7.1995, S. 3.

etwa ein halbes Jahr nach dem Zerfall der UdSSR, unterzeichneten Russland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Armenien in der usbekischen Hauptstadt Taschkent den „Vertrag über kollektive Sicherheit“/VkS (auch „Taschkenter Vertrag“), der mit seiner Beistandsklausel ein Versuch war, einen einheitlichen militärstrategischen Raum in der GUS zu erhalten bzw. aufzubauen. 1993 traten noch Aserbaidshan, Georgien und Belarus bei. Die Ukraine, Turkmenistan und Moldau blieben dem VkS zum Missfallen Russlands immer fern. Die erheblichen Unterschiede in den Bedrohungsperzeptionen zwischen den VkS-Mitgliedern waren von Anfang an unübersehbar. 1999 lehnten Georgien, Aserbaidshan und Usbekistan die Verlängerung ihrer Mitgliedschaft ab. Der VkS wurde damals allerdings von verschiedenen (russischen und „westlichen“) Kommentatoren zu früh totgesagt: 2002 fiel der Beschluss, die Vereinigung zur OVKS aufzuwerten, der Usbekistan 2008 beitrug und in deren Rahmen Moskau verschiedene Initiativen zur „Integration“ initiierte, so die Schaffung von „kollektiven schnellen Eingreiftruppen“.⁵²

Russland betrachtet sich selbstverständlich als Führungsmacht der OVKS. Dabei geht es davon aus, dass von ihm vorgesehene bzw. getroffene Maßnahmen quasi automatisch auch für die anderen Vertragspartner gelten. So kommt der Begriff „Russland und seine Verbündeten“ (was sich zweifellos in erster Linie auf die anderen Mitglieder von VkS bzw. OVKS bezieht) in der Militärdoktrin aus dem Jahr 2000 über 20 Mal vor.

Russische Kritiker der „militärischen Integration“ meldeten sich nur selten zu Wort, und Einfluss auf die praktische Politik Moskaus hatten sie nie. Der ehemalige sowjetische Dissident und Bürgerrechtsaktivist Sergej Kowaljow urteilte, dass es dem politischen Establishment Russlands bei seinem politischen Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung auch darum gehe, „die Länder der GUS enger zusammenzuspannen. Das Spiel erleichtert die Wiederaufnahme der

⁵² Vgl. McDermott, Roger: CSTO Rapid Reaction Exercises Get Off To Discouraging Start. RFE/RL, 27.8.2009. <<http://www.rferl.org/articleprintview/1808735.html>>, abgerufen am 28.8.2009.

alten sowjetischen Propaganda, nur ja immer wachsam zu sein.“⁵³ Tatsächlich verwies Moskau insbesondere in den 1990er-Jahren gegenüber den GUS-Staaten ständig auf die „drohende“ NATO-Ausdehnung und versucht, ihnen „verstärkt Angst vor einer feindlichen Umwelt zu suggerieren.“⁵⁴ Diese wiederum „erzwang“ in russischer Lesart geradezu „ein militärpolitisches Bündnis“ der GUS, das sich das russische militärische und politische Establishment praktisch von Anfang an als „Anti-NATO“ dachte; dieser Begriff taucht(e) jedenfalls in Politik und Medien ständig auf. Der „Hauptmilitärexperte“ der russischen Regierung, der vormalige stellvertretende Verteidigungsminister Generaloberst Valerij Mironow, meinte 1996, dass „energischen NATO-Strategen [...] die Festigkeit unserer Position entgegengestellt“ werden müsse: Die USA wollten nämlich eine „globale militärische Kontrolle [...] über den internationalen Raum“ errichten.⁵⁵ Zudem wollte Russland die GUS-Staaten gegen eine NATO-Osterweiterung mobilisieren. So rief Außenminister Jewgenij Primakow 1996 die russischen Botschafter in den GUS-Republiken dazu auf, die „Erklärungsarbeit mit politischen Kreisen, Parlamentariern und der Presse der GUS-Staaten“ zu verstärken, um sie „für eine aktivere Unterstützung unseres Ansatzes“ gegenüber einer NATO-Osterweiterung zu gewinnen.⁵⁶ Vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar ist die Äußerung des damaligen russischen Verteidigungsministers Sergej Iwanow (eines engen Putin-Vertrauten) im Oktober 2005, wonach „Blöcke und Bündnisse im 21. Jahrhundert eine Angelegenheit der Vergangenheit werden.“⁵⁷ Das war offenkundig gegen die NATO gerichtet, warf aber sofort die Frage auf, warum Russland dann in der GUS versucht, genau solche „Blöcke und Bündnisse“ – selbstverständlich unter seiner Führung – zu schaffen bzw. zu stärken.

⁵³ Interview, in: Die Presse 2.10.1995, S. 3.

⁵⁴ So der Journalist Wladimir Abarinow in einer Moskauer Zeitung; vgl. Segodnja, 27.12.1996, S. 3.

⁵⁵ Zitiert nach Moskovskie novosti, 5/1996, S. 14.

⁵⁶ Zitiert nach Segodnja, 30.7.1996, S. 2.

⁵⁷ Zitiert nach RFE/RL Newslines, Vol. 9, No. 195, Part I, 17 October 2005.

Eine wichtige Rolle im Rahmen der militärischen „Integration“ kommt dem Grenzschutz zu, den Russland ursprünglich so weit wie möglich an der „Außengrenze“ der GUS und nicht an seinen eigenen Grenzen zu den früheren Sowjetrepubliken organisieren wollte. Es maß dieser „Außengrenze“ eindeutig eine größere Relevanz bei als den Grenzen zwischen den GUS-Republiken, für deren Schutz sich Moskau bedeutend weniger interessierte. Weitere erwähnenswerte Initiativen sind: Der (seit Februar 1992 bestehende) Rat der Verteidigungsminister der GUS-Staaten, der Aufbau einer „vereinten Luftabwehr der GUS“, ein Komitee der Stabschefs der GUS-Armeen, eine Zusammenarbeit der Geheimdienste⁵⁸ (u.a. durch gemeinsame multilaterale Datenbanken) usw.

In den sicherheitspolitisch relevanten Gremien der GUS dominieren russische Offiziere und Funktionäre klar. Dazu kommen zahlreiche bilaterale Verträge über „militärische Zusammenarbeit“, die u.a. den Dienst russischer Bürger in den Armeen anderer GUS-Staaten regeln.

Prorussischer Separatismus in der GUS

Die Gründungsdokumente der GUS hatten zur friedlichen Lösung von Streitfällen und Konflikten aufgerufen. Davon war und ist man in der Praxis allerdings denkbar weit entfernt. Simon führte schon 1994, als die Aufmerksamkeit für die bewaffneten Konflikte an der südlichen Peripherie der GUS in Öffentlichkeit, Politik und Medien Westeuropas und Nordamerikas gering war, die russische Unterstützung für bewaffnete Separatisten – und konkret im Dnjestr-Gebiet, in Abchasien und Südossetien sowie Berg-Karabach – als Hinweise auf eine

⁵⁸ So arbeiten sogar der russische Inlandsgeheimdienst FSB und der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) nach Angaben von SBU-Chef Valentin Naliwajtschenko „zuverlässig“ zusammen (Ivženko, Tat'jana: FSB pokinet Krym ran'se, čem Černomorskij flot [Der FSB verlässt die Krim früher als die Schwarzmeerflotte; Interview]. In: Nezavisimaja gazeta, 15.6.2009, S. 6), obwohl die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew v.a. ab 2005 aus mehreren Gründen zeitweise gespannt waren.

„Restauration aus Gewehrläufen“ an.⁵⁹ Es handelt sich hier um eines der effektivsten Instrumente, das Russland gegen „unbotmäßige“ GUS-Staaten zum Einsatz gebracht hat. Die Führungen der betroffenen Republiken – Moldau, Georgien und Aserbaidschan – glaubten zeitweise, dass ausgerechnet eine Annäherung an Moskau eine Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität verspräche. Diese zeichnete sich allerdings auch nach vielen Jahren Verhandlungen, die Russland so weit wie möglich zu dominieren trachtete, nie ab. Auch deswegen liegt die Vermutung nahe, dass es der eigentliche Sinn der Moskauer „Vermittlung“ (die v.a. aus Forderungen an die Zentralregierungen bei gleichzeitigem Verzicht auf jede Kritik an die Adresse der Separatisten bestand) war, den für die prorussischen Separatisten günstigen Status quo zu erhalten.

Russische Offizielle bestritten lange jede Unterstützung Moskaus für den prorussischen Separatismus in der GUS; es habe nur „einige Organisationen“ sowie „Freiwillige“ aus Russland auf der Seite der Separatisten in der Moldau oder Südossetien gegeben.⁶⁰ Das greift allerdings offenkundig zu kurz: Operationen der russischen Streitkräfte halfen zu Beginn der 1990er-Jahre „to consolidate the results of secessions in Transdnistria and South Ossetia and to deny Georgia a victory over the Abkhazian secession.“⁶¹ In der Moldau und Georgien ist denn auch der Eindruck sehr verbreitet, am Anfang der 1990er-Jahre nicht gegen die Separatisten im Dnjestr-Gebiet sowie Abchasen und Südosseten Kriege verloren zu haben, sondern gegen das hinter ihnen stehende Russland. Damit will man sich zweifellos (auch) über das eigene militärische Versagen hinwegtrösten. Gleichzeitig war stets offenkundig, dass

⁵⁹ Simon, Gerhard: Rußland: Hegemon in Eurasien? In: Osteuropa, 5/1994, S. 412-429, hier S. 421.

⁶⁰ Auskunft von Michail Margelow, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des russischen Föderationsrates, auf eine Anfrage des Verfassers im Rahmen eines Online-Diskussionsforums der BBC, Februar 2000. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/talking_point/forum/634198.stm>, abgerufen am 22.9.2009.

⁶¹ Baev, Pavel: Russia's Stance Against Secessions: From Chechnya to Kosovo. In: International Peacekeeping, 3/1999, S. 73-94, hier S. 83f.

- die Separatisten von Moskau militärisch (u.a. mit Waffenlieferungen), politisch und propagandistisch unterstützt wurden und werden,
- russische „Friedenstruppen“ eine wichtige Rolle bei der Erhaltung des Status quo im Dnjestr-Gebiet sowie in Abchasien und Südossetien spielten bzw. spielen,⁶²
- die Führer und Funktionäre des Dnjestr-Gebiets, Abchasiens, Südossetiens und Karabachs in Moskau ein und aus gehen, sich dort medizinisch behandeln lassen, im Außenministerium und im Parlament Russlands offiziell empfangen werden und Interviews für staatliche russische Medien geben.

Moskau warnte insbesondere Georgien über viele Jahre hinweg immer wieder vor einer „militärischen Lösung“ seiner Separatismusprobleme, während es selbst in Tschetschenien separatistische Widerstandskämpfer bekriegte. Putin meinte Ende September 2001, dass „quasi-staatliche Gebilde“ nicht zugelassen werden dürften. Allerdings bezog er sich ausschließlich auf Tschetschenien;⁶³ von der „Dnjestr-Republik“, Abchasien, Südossetien und Berg-Karabach war keine Rede.

Russlands Außenminister Iwanow räumte 1999 ein, dass seine Diplomaten „prinzipielle Differenzen mit einigen russischen Politikern bei der Krim, Abchasien, dem Dnjestr-Gebiet“ hätten. Sie würden nicht gelöst, „solange die ganze russische Gesellschaft nicht im vollen Umfang verstanden hat: Die Ukraine, Georgien und die Moldau sind souveräne Staaten – wie auch Russland. Und wir sind verpflichtet, ihre Souveränität und territoriale Integrität zu achten, wenn wir wollen, dass man im gleichen Ausmaß unsere eigene Souveränität achtet.“⁶⁴ Jene „russischen Politiker“, denen Iwanow indirekt, aber deutlich anlastete, die territoriale Integrität von GUS-Staaten nicht ernst zu nehmen,

⁶² Die „Friedensmissionen“ in Abchasien und Südossetien wurden nach der Anerkennung der beiden Provinzen als „unabhängige Staaten“ durch Moskau (August 2008) beendet. Stattdessen richtete die russische Armee dort „offizielle“ Basen ein – natürlich gegen den Willen der georgischen Regierung.

⁶³ Zitiert nach RFE/RL Newslines – Russia (online), 24.9.2001.

⁶⁴ Interview, in: Obščaja gazeta, 16.12.1999, S. 7.

machten lange v.a. in der Legislative von sich reden. Exekutive (Präsident und Regierung) waren lange – zumindest offiziell und in öffentlichen Äußerungen – vorsichtiger bei der Unterstützung von prorussischen Separatisten als die Kommunisten und Nationalisten in der Staatsduma. Das änderte sich aber spätestens im Sommer 2008, als der Kreml nach einem kurzen Krieg gegen Georgien Abchasien und Südossetien als „unabhängige Staaten“ anerkannte.

Russland macht mit der Vergabe seiner Staatsbürgerschaft an Einwohner der „nicht anerkannten Staaten“⁶⁵ seit Jelzins Zeiten Geopolitik. So erhielt die gesamte Führungsriege der „Dnjestr-Republik“ (darunter „Präsident“ Igor Smirnow selbst) die russische Staatsbürgerschaft, und Moskau sorgte dafür, dass bis Mitte 2002 (dem Inkrafttreten eines neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes) praktisch die gesamte erwachsene Bevölkerung Abchasiens und Südossetiens die russische Staatsbürgerschaft annehmen konnte.⁶⁶ Aufmerksame Beobachter in Russland und im Ausland meinten bereits Jahre vor dem August 2008, dass Moskau für den Fall eines militärischen Vorstoßes der Regierung in Tbilisi auf Abchasien und/oder Südossetien „das Recht beansprucht, zum Schutz seiner [d.h. der russischen, M.M.] Bürger einzumarschieren.“⁶⁷ Die russische Militärdoktrin stellte dazu den „ideologischen Unterbau“ bereit: Deren Fassungen von 1993 und 2000 zählten gleichermaßen „Unterdrückung von Rechten, Freiheiten und rechtmäßigen Interessen von Bürgern der Russischen Föderation in

⁶⁵ So die Terminologie vieler russischer Politiker und Medien lange vor der Anerkennung von Abchasien und Südossetien als „unabhängige Staaten“ – im Unterschied zu den separatistischen „tschetschenischen Banditen und Terroristen“, die – so Putin 1999 wörtlich – „noch auf dem Lokus totzuschlagen“ seien.

⁶⁶ Putin stellte sich (wenig überraschend) voll und ganz hinter diese Politik. So meinte er bei einem GUS-Gipfel im Jänner 2003 in Kiew, dass 1993-94 1 Mio. Georgier (eine sehr wahrscheinlich überhöhte Zahl, Anm. d. Verf.) nach Russland emigriert seien, und 650.000 hätten die russische Staatsbürgerschaft erhalten. „Warum sollen wir es dann den Bürgern Abchasiens verweigern?“ (zitiert nach: Sokolovskaja, Janina / Smirnova, Elena: Leonid Kučma stal glavnee Putina. V SNG [Leonid Kutschma wurde wichtiger als Putin. In der GUS]. In: Izvestija Online, 29.1.2003. <<http://www.izvestia.ru/russia/article29430/>>, abgerufen am 21.9.2009).

⁶⁷ Novoe Vremja, 37/2002, S. 31.

ausländischen Staaten“ zu „bestehenden und potentiellen Quellen einer militärischen Gefahr.“⁶⁸

Die „Russischsprachigen“

Beim Zerfall der UdSSR lebten angeblich ca. 25 Mio. ethnische Russen in den anderen früheren Sowjetrepubliken, davon fast die Hälfte in der Ukraine. Dazu kamen viele Millionen weitere „Russischsprachige“, d.h. vor allem russifizierte Slawen (Ukrainer, Belorussen, Polen), aber auch etwa Deutsche und Juden. Russisch ist de facto auch Muttersprache vieler Kasachen, Kirgisen usw., die ihre „eigentliche“ Muttersprache mitunter nur mangelhaft oder überhaupt nicht beherrschen. Angeblich sind zwischen 1991 und 2002 8,6 Mio. „Landsleute“ („sootetschestwenniki“), davon über 70% ethnische Russen, und „Russischsprachige“ aus den anderen GUS-Ländern nach Russland übersiedelt.⁶⁹

In Russland unterliegt es seit Jelzins Zeiten keiner Diskussion, dass die „Russischsprachigen“ (bzw. „Landsleute“) in der GUS und im Baltikum „bedroht“ sind und daher „geschützt“ werden müssen. Zwar ist bereits der Begriff „Russischsprachige“ unscharf und juristisch wie ethnisch undefiniert (und wohl auch undefinierbar), doch steht die rhetorische, politische und propagandistische Anteilnahme an ihrem Schicksal in Russland auf einem sicheren politischen und populistischen Fundament: Es ist a priori klar, dass die Rechte der „Russischsprachigen“ in den früheren Sowjetrepubliken grundsätzlich „verletzt“ werden, zumindest aber immer „gefährdet“ sind. Mit solchen und noch härteren Vorwürfen – „Diskriminierung“, „Apartheid“, „Faschismus“, „drohender Genozid“ usw. – ist man in Russland rasch zur Hand. Der „Schutz der Landsleute“ findet sich auch in sämtlichen außen- und sicherheitspolitischen

⁶⁸ Vgl. Die Militärdoktrin der Rußländischen Föderation. In: Europa-Archiv, 1/1994, D 30-46, hier D 34; Russia's Military Doctrine. Arms Control Today, Mai 2000. <http://www.armscontrol.org/act/2000_05/dc3ma00>, abgerufen am 28.8.2009.

⁶⁹ So eine bekannte russische Journalistin und Flüchtlingsspezialistin; vgl. Grafova, Lidija: A ne deportirovat' li nam čečencev na Lunu? (Sollte man die Tschetschenen etwa auf den Mond deportieren?) In: Izvestija, 17.10.2002, S. 7.

Grundsatzdokumenten an prominenter Stelle. Immer wieder wurde in Politik und Presse Russlands – und zwar lange vor dem „Fünftage-Krieg“ gegen Georgien im August 2008 – gefordert, gegen jene Staaten des „nahen Auslandes“, welche die Rechte der „Landsleute“ (angeblich) missachten, Sanktionen (bis hin zu militärischen Strafaktionen) zu ergreifen – ungeachtet des Umstandes, dass die überwältigende Mehrheit der „Russischsprachigen“ in den GUS-Republiken natürlich über keine russische Staatsbürgerschaft verfügt.⁷⁰ Selbst der 1991 bis 1996 amtierende und (im Westen als „liberal“ geschätzte, aber in Russland bis heute immer wieder für seine „Nachgiebigkeit“ gescholtene) Außenminister Andrej Kosyrew erklärte wiederholt, dass Russland die „Rechte der Russen“ in den GUS-Staaten wenn nötig gewaltsam „schützen“ werde.

Es ist unbestreitbar, dass die Lage der slawischen „Russischsprachigen“ in den GUS-Republiken durchschnittlich schlechter ist als zu sowjetischen Zeiten – allerdings nicht wegen einer vorsätzlichen „Diskriminierung“, sondern deswegen, weil sie früheren Privilegien verlustig gegangen sind. So hatten z.B. früher alle nichtrussischen Völker Russisch zu lernen, und in der gesamten UdSSR, vom Baltikum bis in den Kaukasus und nach Mittelasien, gab es russischsprachige Verwaltungs-, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Medien. Russifizierte und russisch-sprachige Vertreter der einheimischen Bevölkerung wurden bei der Arbeit in den Partei-, Verwaltungs- und Staatsstrukturen der Teilrepubliken bevorzugt, da Moskau die Führung aller Dokumentationen auf Russisch verlangte. Die Russen in den Teilrepubliken der UdSSR hatten somit weder die Veranlassung noch – in den meisten Fällen – den freiwilligen Wunsch, sich mit der jeweiligen lokalen Sprache zu befassen. Die formale weitgehende Abschaffung dieser dominierenden Stellung des Russischen in den unabhängigen GUS-Staaten wurde von den „Russischsprachigen“ dann prinzipiell als

⁷⁰ Vgl. Rogozin, D.: RF Parliament Defends Rights of Compatriots Abroad. In: International Affairs (Moscow), 5/2002, S. 155-163, v.a. S. 158ff; Malek, Martin: Rußlands Politik im „postsowjetischen Raum“. Aktuelle Entwicklungen und Szenarien künftiger Konflikte. In: Reiter, Erich (Hg.): Österreich und die NATO. Die sicherheitspolitische Situation Österreichs nach der NATO-Erweiterung. Graz/Wien/Köln 1998, S. 657-688, v.a. S. 663f.

„Diskriminierung“ angesehen.⁷¹ Sie halten allerdings teilweise immer noch hohe und höchste Posten in der Politik, der Wirtschaft, dem Militär, dem Kulturbetrieb und den Medien dieser Staaten.

Kirchenpolitik

Die Ziele Moskaus in diesem Bereich sind die Erhaltung und, wenn möglich, der Ausbau des Einflusses der im postsowjetischen Russland zunehmend enger mit dem Staat verbundenen Russisch-orthodoxen Kirche in der GUS und im Baltikum. Als besondere „Gefahr“ aus der Sicht des Moskauer Patriarchats gilt eine vermeintliche „Expansion“ des Katholizismus in Russland und der GUS (verbunden mit dem Vorwurf des „Proselytismus“, d.h. der Abwerbung von Gläubigen), die als „geistige Begleitung der NATO-Osterweiterung“ dargestellt wird.

Ein Brennpunkt der russischen Kirchenpolitik ist die Ukraine, der es an einer einheitlichen Nationalkirche fehlt und in der nicht weniger als fünf „große“ Kirchen um Einfluss konkurrieren – die Ukrainische Orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat), die Ukrainische Orthodoxe Kirche (Kiewer Patriarchat), die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche, die (fast nur in der Westukraine verankerte und dem Papst unterstehende) Griechisch-katholische Kirche und die (insbesondere von der polnischen Minderheit in der Westukraine getragene) Katholische Kirche. Das v.a. im (stark russifizierten) Osten der Ukraine populäre Moskauer Patriarchat wehrt sich mit Unterstützung offizieller russischer Stellen sowie der Partei der Regionen Janukowitschs und der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) entschieden gegen jede (angebliche) Beschneidung seines Einflusses. Es protestierte denn auch vehement gegen den Besuch von Papst Johannes Paul II. Mitte 2002 in der Ukraine: Der Papst hätte, so die Lesart in Moskau, bei der russisch-orthodoxen Kirche „um Erlaubnis fragen“ müssen, bevor er eine

⁷¹ Vgl. Malek, Martin: Sprachenpolitik in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). In: Osteuropa 8/1994, S. 743-759; ders.: Sprachenpolitik im Baltikum. In: Osteuropa, 10/1994, S. 926-937.

Republik der früheren UdSSR besucht.⁷² Das russische Außenministerium ließ keinen Zweifel an der politischen Dimension der Kontroverse, nahm es doch den Papstbesuch zum Anlass für einen besorgten Brief an den Vatikan. Und der Russisch-orthodoxe Patriarch Kirill ließ bei seinem Besuch in der Ukraine im Sommer 2009 keine Gelegenheit ungenutzt, um alle orthodoxen Kirchen zu verurteilen, die sich seinem Einfluss entziehen. Nach dem Eindruck ukrainischer Kritiker Kirills erweckte dieser mit vielen Aussagen den Eindruck, mehr ein politischer Agitator für die Sache des Kremls zu sein denn ein Kirchenführer.⁷³ So warnte er wiederholt vor „westlichen“ Einflüssen, hob angebliche Gemeinsamkeiten (so im Wertefundament) zwischen Russen und Ukrainern hervor und nannte die ukrainische Metropole Kiew „unser gemeinsames Jerusalem“ sowie „südliche Hauptstadt der russischen Orthodoxie.“ Über die ukrainische Führung unter Juschtschenko sowie die „Spalter der Einheit der Orthodoxie“ insbesondere im Kiewer Patriarchat äußerte sich Kirill herablassend: „Ich glaube, dass die Ukraine Gottes Barmherzigkeit erfahren wird, dass Gott die Staatsmacht und diejenigen belehren wird, die sich aus Unwissenheit, Vergessen und Erstarrung abgespalten haben.“⁷⁴

⁷² Vgl. Heyken, Eberhard: Der Besuch des Papstes in der Ukraine. In: Osteuropa, 9/2001, S.1009-1021 (v.a. S. 1017).

⁷³ Das wird – wohl ungewollt – auch in Russland bestätigt: Die Moskauer Tageszeitung „Nezavisimaja gazeta“ führt Patriarch Kirill wie selbstverständlich in ihrer monatlich erstellten Liste der „100 führenden Politiker Russlands“, die traditionell von Putin angeführt wird. Im Juli 2009 belegte Kirill den sechsten Platz – und lag damit klar vor den Ministern für Inneres, Äußeres und Verteidigung (Orlov, Dmitrij / Korpusova, Alena: 100 veduščich politikov Rossii v ijule. In: Nezavisimaja gazeta, 30.7.2009, S. 5).

⁷⁴ Zitiert nach: Patriarch Kyrill: Kiew ist unser gemeinsames Jerusalem. In: RIA Novosti, 27.07.2009. <<http://de.rian.ru/world/20090727/122470854.html>>, abgerufen am 28.7.2009; Sawyzkyj, Oleksandr / Ostaptschuk, Markian: Moskauer Patriarch beendet umstrittenen Besuch in der Ukraine. In: Deutsche Welle, Fokus Ost-Südost, 06.08.2009. <<http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4547545,00.html>>, abgerufen am 10.8.2009.

Sonstiges

Die „Integration“ in der GUS sollte aus russischer Sicht auch noch auf anderen Ebenen ablaufen. So forderte Jelzins Erlass „Der strategische Kurs Russlands gegenüber den Teilnehmerstaaten der GUS“, „den Kulturaustausch Russlands mit dem nahen Ausland, die Zusammenarbeit mit ihm auf den Gebieten Wissenschaft, Bildung und Sport zu aktivieren“. Russische Fernseh- und Radiosendungen müssten in der GUS „sichergestellt“, die russische Presse dort verbreitet (was durch die oft bescheidene Qualität einheimischer Medien erleichtert wird, M.M.) und „nationale Kader“ der GUS-Staaten in Russland ausgebildet werden. Die junge Generation in den GUS-Staaten müsse im „Geiste freundschaftlicher Beziehungen zu Russland“ erzogen werden.⁷⁵ Die Wichtigkeit der anhaltenden Verbreitung der russischen Sprache in der GUS aus Moskauer Sicht zeigt sich bereits anhand des Umstandes, dass diese Frage in vielen außen- und sicherheitspolitischen Grunddokumenten explizit genannt ist. Und Farit Muchametschin, Leiter der „Föderalen Agentur für Angelegenheiten der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, im Ausland lebender Landsleute und für internationale humanitäre Zusammenarbeit“ (der gleichzeitig Sonderbeauftragter des Präsidenten Russlands für Kontakte zu den Teilnehmerstaaten der GUS ist) stellte insofern einen Bezug zur praktischen Politik her, als er Russisch die „Grundlage der Entwicklung der Integrationsprozesse“ in der GUS nannte.⁷⁶

⁷⁵ Strategičeskij kurs Rossii s gosudarstvami – učastnikami Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv (Anm. 11), S. 6847.

⁷⁶ Mučkina, Irina: Interv'ju s F. M. Muchametšinym (Interview mit F. M. Muchametschin). In: Novyj venskij žurnal, 7(163)/2009, S. 9-11, hier S. 10.

11. Die Sorgen der russischen GUS-Politik

Moskau sorgt sich in seiner GUS-Politik seit vielen Jahren um:

- einen möglichen Zerfall der GUS (der ihr allerdings buchstäblich seit dem Moment ihrer Gründung im Dezember 1991 permanent prophezeit wird⁷⁷);
- ein allgemeines „Auseinanderdriften“ Russlands und der anderen GUS-Mitglieder;
- eine Degradierung der GUS zu einer „amorphen Struktur“ oder einem „Diskussionsklub“, der gegenüber seinen Mitgliedern keine verbindlichen Entscheidungen treffen bzw. umsetzen könne;
- eine unzureichend intensive „Integration“ bzw. „fehlende Klammerwirkung“⁷⁸ der GUS;
- die Möglichkeit, dass die GUS-Mitglieder ihre Angelegenheiten zunehmend bilateral untereinander lösen (so dass Russland „umgangen“ werden könnte) – anstatt multilateral eben im Rahmen der GUS;
- das Fehlen einer Komponente der Supranationalität der GUS (im Gegensatz zur EU);
- eine mögliche, denkbare, schon eingetretene usw. Erweiterung des Einflusses von USA, NATO und/oder EU in der GUS;
- NATO- und/oder EU-Beitritte von GUS-Mitgliedern;
- einen Rückgang des wirtschaftlichen Austausches zwischen den GUS-Staaten;
- eine Ablösung Russlands als Haupthandelspartner der anderen GUS-Mitglieder durch die EU und/oder die USA;
- einen Abbau von Energieträgern (und insbesondere Erdöl und Erdgas) durch Firmen aus der EU und Nordamerika in GUS-Republiken, so dass russische Unternehmen nicht oder nicht im von Moskau gewünschten Ausmaß zum Zug kämen;

⁷⁷ Auch die Finanzkrise bot Anlass für solche düstere Prognosen; vgl. z.B. Kulikov, Sergej: SNG možet ne perežit' krizis (Die GUS könnte die Krise nicht überstehen). In: Nezavisimaja gazeta, 25.6.2009, S. 4.

⁷⁸ Pankow, Wladimir: Die postsowjetischen Länder driften auseinander. In: Neue Zürcher Zeitung, 27.5.2008, S. 13.

- ein „Verdrängen“ Russlands aus den Vermittlungsbemühungen um die „frozen conflicts“ in der Moldau, Georgien und Aserbaidshan durch die USA, die EU und/oder die NATO.

12. Moskau und „antirussische Allianzen“

Die GUAM/GUUAM

Am 10. Oktober 1997 unterzeichneten die Präsidenten Georgiens, der Ukraine, Aserbaidshans und Moldaus ein Kommunikee über engere Zusammenarbeit. Diese informelle Vereinigung erhielt nach den Anfangsbuchstaben der vier Länder die Bezeichnung GUAM. Die Tatsache, dass der Beitritt Usbekistans am Rande des NATO-Jubiläumsgipfels in Washington im April 1999 erfolgte, löste in Russland besonderen Ärger aus und schien – auch und gerade vor dem Hintergrund des Umstandes, dass kurz zuvor Aserbaidshan, Georgien und Usbekistan den Vks nicht verlängert hatten – aus Moskauer Sicht den bereits lange gehegten Verdacht zu bestätigen, dass die GUAM bzw. nun GUUAM ein „Trojanisches Pferd der NATO“ in der GUS sei und deren effektive „Integration“ behindern solle. Eine Erklärung der Präsidenten der Ukraine, Georgiens, Usbekistans, Aserbaidshans und der Moldau vom 24. April 1999 enthielt Hinweise auf eine Entwicklung ihrer „Integration“ im Rahmen des Euro-Atlantic Partnership Council (EAPC) und der Partnership for Peace (PfP) der NATO, aber die Allianz reagierte sehr vorsichtig bis überhaupt nicht auf solche und ähnliche Avancen.

Die GUAM/GUUAM versammelte ursprünglich Staaten, die dem von Russland ausgehenden Druck auf engere „Integration“ in der GUS widerstehen wollten und eine Annäherung an europäische und euro-atlantische Strukturen suchten. Daher wird in der Politik, dem Militär, der Presse und der Wissenschaft Russlands (sowie Belarus' und Armeniens) die bloße Existenz der GUAM/GUUAM seit Jahren ausschließlich negativ kommentiert. In Moskau (wie auch in Minsk und Jerewan) würde man eine Auflösung der „antirussischen Gruppe“

zweifellos sehr begrüßen. In Moskau mochte man denn auch die Genugtuung nicht verbergen, als Usbekistan im Zuge einer generellen (Wieder-)Annäherung an Russland seine Mitgliedschaft 2002 suspendierte und 2005 endgültig austrat, so dass die GUUAM wieder zur GUAM schrumpfte.

Die russische Beunruhigung steht allerdings in keinem Verhältnis zur realen Bedeutung dieser Vereinigung. Sie ist weder ein Bündnis noch eine internationale Organisation, sondern lediglich ein Beratungsgremium; die Koordinationsstrukturen sind generell schwach ausgebildet. Die wirtschaftliche Kooperation zwischen den GUAM/GUUAM-Mitgliedern ist trotz aller Deklarationen eher bescheiden geblieben. Grundsätzlich war die GUAM/GUUAM nie auch nur in Ansätzen in der Lage, ein Gegengewicht zum Vks bzw. zur OvkS zu bilden oder gar den russischen Hegemonieansprüchen in der GUS entgegenzutreten.

Die „Deklaration von Borzhomi“

Zu kritischen Kommentaren in Russland führte auch die von den Präsidenten der Ukraine und Georgiens, Juschtschenko und Saakaschwili, am 12. August 2005 unterzeichnete „Deklaration von Borzhomi“. Darin ist von einer „Gemeinschaft der Demokratien“ der Regionen Baltikum-Schwarzes Meer-Kaspisches Meer die Rede, die zu „einer neuen Ära von Demokratie, Sicherheit, Stabilität und andauerndem Frieden in ganz Europa“ beitragen solle.⁷⁹ Hinter derartigen Absichten vermutete man in Moskau sofort einen „weiteren Versuch des Westens, ein Gegengewicht zur russischen Politik im postsowjetischem Raum zu schaffen.“⁸⁰ Russische Medien orteten eine gegen Moskau gerichtete „neue geopolitische Allianz“ bzw. eine „Anti-GUS“, der sich auch Polen, Estland, Lettland, Litauen, die Moldau, Rumänien und

⁷⁹ Borjomi Declaration. <<http://www.president.gov.ge/?l=E&id=451>>, abgerufen am 21.9.2009.

⁸⁰ Politov, Jurij: Rossija načinaet reformu SNG (Russland beginnt die Reform der GUS). In: Izvestija, 24.8.2005. <<http://www.izvestia.ru/russia/article2565920/>>, abgerufen am 21.9.2009; der Autor dieses Artikels beruft sich auf eine anonyme „Quelle im Kremlin“.

Aserbaidshans anschließen könnten. Eine solche Vereinigung könne, so lauteten vielfach artikulierte Befürchtungen, weitere „bunte Revolutionen“ anstiften und/oder einen „Cordon sanitaire“ zwischen Westeuropa und Russland entstehen lassen.⁸¹ – Inzwischen ist die „Deklaration von Borzhomi“ praktisch vergessen, ohne jemals eine irgendwie spürbare Wirkung entfaltet zu haben.

NATO-Mitgliedschaft ehemaliger Sowjetrepubliken!?

Die Vorstellung, dass eine ehemalige Sowjetrepublik der NATO beitreten könnte, löste in Moskau stets zumindest Beunruhigung, meist aber Ärger, Drohungen und die Ankündigung aus, alles zu tun, um es nicht so weit kommen zu lassen. So erklärte Außenminister Sergej Lawrow im Februar 2007 in einem Interview für die russische Regierungszeitung, eine NATO-Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine „nicht zulassen“ zu wollen.⁸² Der russische Einmarsch in Georgien im August 2008 ließ sich *auch* als Warnung an die Adresse der NATO interpretieren: Diese soll sich aus dem Südkaukasus fernhalten, weil man sich dort nur Schwierigkeiten einhandeln kann. Der Erfolg dieser Politik ist unverkennbar: Die Bereitschaft westeuropäischer und nordamerikanischer Staatskanzleien, Tbilisi dabei zu helfen, die Kontrolle über die abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien wiederzugewinnen, ist sehr gering; und die Entsendung von Kampftruppen zum Schutz Georgiens vor Russland stand (natürlich) nie auch nur zur Diskussion.

⁸¹ Vgl. z.B. Gamova, Svetlana: God pamjati. Čestvovanie Sodružestva možet plavno perejti v proščanie s nim (Das Gedenkjahr. Die Ehrenbezeugungen für die GUS könnten fließend in einen Abschied von ihr übergehen). In: Novye Izvestija, 23.8.2005. <<http://www.newizv.ru/news/2005-08-23/30296/>>, abgerufen am 21.9.2009; Zygar', Michail: Schod pered razvalom (Zusammenkunft vor dem Zerfall). In: Kommersant', 26.8.2005. <<http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=603901>>, abgerufen am 21.9.2009.

⁸² Zitiert nach: Moscow to prevent Ukraine, Georgia's NATO admission – Lavrov. In: RIA Novosti, 8.4.2008. <<http://en.rian.ru/russia/20080408/104105506.html>> (accessed May 17, 2009).

Besonders herausgefordert fühlt man sich in Moskau durch die NATO-Ambitionen Juschtschenkos, so aussichtslos diese bisher auch waren (und auch bleiben werden). So warnte Putin die Ukraine im Februar 2008 (wieder) vor einem NATO-Beitritt oder der Einrichtung von US- oder NATO-Militäranlagen auf ihrem Territorium und drohte für einen solchen Fall, Raketen auf das Nachbarland zu richten.⁸³ Die bekannt seriöse Moskauer Tageszeitung „Kommersant“ meldete von einem Treffen des NATO-Russland-Rates am Rande des NATO-Gipfels in Bukarest im April 2008, dass Putin auf eine Abspaltung der Krim und östlicher Landesteile von der Ukraine anspielte, wenn Kiew eine NATO-Mitgliedschaft angeboten werden sollte.⁸⁴ In der russischen Publizistik fanden sich aber noch explizitere Kommentare:

„For Ukraine, there are no ‘internal affairs’ separate from Russia and there can be no ‘internal affairs’ separate from Russia. We are fraternal nations and their [Ukrainian] internal affairs are also our affairs. [...] The nationalists in Kiev must receive an unambiguous warning that Russia does not have the slightest motivation and obligation to support the territorial integrity of Ukraine as a candidate for membership in NATO or as a member of NATO. On the contrary: The worse it will be for NATO and the less the territory controlled by NATO, the better it will be for us. And Russia must put this policy into practice. [...] Russia should not hold back from expressing its readiness to use all of the means at its disposal for the prevention of the entrance of Ukraine into NATO, the protection of Russian interests in the Crimea and Sevastopol, and the support of the people of eastern Ukraine and Novorossiia, who are for friendly relations with Russia. It is necessary for Russia to strengthen the grouping of its ground troops on the border with Ukraine, bringing it up to the level of five ‘heavy’ divisions of permanent readiness, at a minimum. That would give a clear signal to the pro-NATO

⁸³ Zitiert nach: Socor, Vladimir: Putin Warns Ukraine Against Seeking NATO Membership. In: Eurasia Daily Monitor (The Jamestown Foundation), Volume 5, Number 29, February 14, 2008.

⁸⁴ Putin Hints At Splitting Up Ukraine. In: The Moscow Times, April 8, 2008, S. 2.

politicians in Kiev. It would let them know that we are not joking with them and that Moscow is ready to go very far. The presence of an effective grouping of forces of permanent readiness on the border with Ukraine will make it possible to take into consideration any development of events and, acting jointly with the Airborne Troops, carry out effective intervention in the case of the deterioration of the situation involving the Russian-speaking regions of Ukraine and in order to support Russian interests in the Crimea.⁸⁵

13. Der „Westen“ und die „Integration“ in der GUS

Für Moskau ist ausgemacht, dass die USA, die NATO und die EU die „Integration“ in der GUS ablehnen, bekämpfen, hintertreiben usw. möchten, um den russischen Einfluss in dieser Region zu relativieren. Auch Initiativen ohne unmittelbare sicherheitspolitische Bedeutung wie z.B. die Europäische Nachbarschaftspolitik (die u.a. die postsowjetischen Republiken Belarus, Ukraine, Moldau, Georgien, Armenien und Aserbaidschan umfasst) gelten in Moskau a priori als Versuche, russischen Einfluss „zurückzudrängen“. Trenin kleidete diese Wahrnehmung in folgende Worte: „Jeglicher Schritt des Westens in Richtung früherer Sowjetrepubliken gilt als Schaden für russische

⁸⁵ Barabanov, Mikhail: Ukrainian Membership in NATO – Main Challenge to Russia at XXI century. In: Profil, #13, April 7, 2008. <<http://www.cast.ru/eng/?id=310>>, abgerufen am 17.5.2009. Der Autor dieses Artikels, Michail Barabanow, ist Chefredakteur des „Moscow Defense Brief“ (<http://mdb.cast.ru/>), einer Publikation des Centre for Analysis of Strategies and Technologies (CAST) in Moskau (<http://www.cast.ru/eng/>), das den Anspruch erhebt, sich v.a. mit Rüstungsindustrie, Militärtechnik und Sicherheitspolitik zu befassen und dessen Leiter Ruslan Puchow aus seiner Nähe zum Kreml kein Geheimnis macht. Die Zeitschrift „Profil“ (<http://www.profile.ru/>) wurde 2006 bis 2009 von dem nationalistischen Einpeitscher und Kreml-Vertrauten Michail Leontjew geleitet. Sie veröffentlicht auch Materialien der deutschen Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ in russischer Übersetzung.

Interessen.“⁸⁶ Besonders gereizt reagiert man in Russland auf angebliche oder tatsächliche Aktivitäten der USA und der NATO.

In der GUS dominieren autoritäre und autokratische Regimes. Daher ist es nicht überraschend, dass die EU und die USA mit ihren Aufforderungen zu Demokratie, Medienfreiheit, Menschen-, Frauen- und Minderheitenrechten, Schaffung einer Zivilgesellschaft, „good governance“, Transparenz in der Wirtschaftstätigkeit usw. in den meisten Ländern der GUS keinen leichten Stand haben. Die postsowjetischen Regimes mit einer mehr oder weniger autoritären Realverfassung – und insbesondere in Belarus und in Mittelasien – neigen von vornherein zu einer Anlehnung an Moskau, von wo „Ermahnungen“ zu innenpolitischen Vorgängen zumindest solange nicht zu erwarten sind, wie man russische außen- und sicherheitspolitische Initiativen sowie die „Integration“ in der GUS wenigstens verbal unterstützt.

Die Mechanismen dieser „Integration“ sowie die genauen Umstände, Ursachen und Folgen der gewaltsam ausgetragenen Konflikte insbesondere an der südlichen Peripherie des postsowjetischen Raums sind in Westeuropa und Nordamerika außerhalb der relativ kleinen Kreise von Regionalexperten und Diplomaten kaum bekannt. Damit zusammenhängende Fragen stehen selten auf der Agenda des Diskurses von Politikern und Medien; mit ihnen lassen sich weder Wahlkämpfe bestreiten noch Auflagen steigern. Und wenn Politik, Medien und Öffentlichkeit Westeuropas und Nordamerikas ihre Aufmerksamkeit vorübergehend doch darauf richten, zeigen sich oft gravierende Fehlperzeptionen. Bis heute gilt eine eineinhalb Jahrzehnte alte Bemerkung Uwe Halbachs, wonach die bewaffneten Konflikte im Süden der GUS „abschreckend auf die Wahrnehmung internationaler Verantwortung gewirkt“ haben; so entstehe eine „emotional hohe Bereitschaft, Rußlands wachsenden Anspruch auf Ordnungsmacht im

⁸⁶ Zitiert nach: „Ruki proč’ ot Ukrainy“, - zajavil Putin, obraščajas’ k Zapadu („Hände weg von der Ukraine“, richtete Putin dem Westen aus). In: NEWSru.ua, 26.5.2009. <http://rus.newsru.ua/press/26may2009/ukraine_print.html>, abgerufen am 31.8.2009.

gesamten exsowjetischen Raum mit Erleichterung zu akzeptieren.⁸⁷ Auch die Mittelasien-Expertin Anna Kreikemeyer ortete schon 1996 in Westeuropa und Nordamerika eine „Bereitschaft, machtpolitische Konfliktregelungsformen [Russlands] im GUS-Raum zu akzeptieren.“⁸⁸ Ein Beispiel für diese von beiden Beobachtern konstatierte „Bereitschaft“ bot die damalige UNO-Botschafterin (und spätere Außenministerin) der USA, Madeleine Albright, die sich nach einer Reise durch Kaukasien und Mittelasien im Herbst 1994 (d.h. kurz vor dem ersten russischen Einmarsch in Tschetschenien) wie folgt äußerte: „Die russische Präsenz in Transkaukasien, im Kaukasus sowie im prorussischen Mittelasien garantiert dort die Befolgung von Menschenrechten und Demokratie. Ich glaube, daß man Rußland die Rolle des Garanten der Stabilität auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR anvertrauen kann.“⁸⁹ Damit war ein in der EU und Nordamerika vielfach vertretener Ansatz gut charakterisiert, auch wenn Moskau seine Aktivitäten durchaus unabhängig vom Vertrauen Albrights entfaltet(e): Russland gilt vielen bis heute als „Ordnungsmacht“ auf dem Gebiet der GUS, ohne seine Rolle bei Entstehung, Verlauf und Management von Konflikten näher zu betrachten und die Frage nach den Interessen Moskaus an der „Integration“ in der GUS aufzuwerfen. Allen Lynch meinte schon 1994, dass die russische „Wiedergewinnung einer Hegemonieposition“, deren Beginn er mit dem Eingreifen der russischen 14. Armee in den Bürgerkrieg in der Moldau im Frühjahr 1992 auf der Seite der Separatisten der „Dnjestr-Republik“ ansetzte, „zu einem hohen Grade mit der stillschweigenden Einwilligung, wenn nicht gar Billigung der Westmächte, einschließlich der Vereinigten Staaten“, geschehe.⁹⁰

⁸⁷ Halbach, Uwe: „Failing States“? Nationale, staatliche und ökonomische Festigkeit der südlichen GUS-Länder (Teil I). Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 20/1994, S. 23f.

⁸⁸ Kreikemeyer, Anna: Sicherheitsgefährdungen in der fossilen Energiewirtschaft Rußlands. Chancen und Grenzen von kooperativen Lösungen. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Heft 104. Hamburg, Dezember 1996, S. 53.

⁸⁹ Zitiert nach Osteuropa, 1/1996, A 10.

⁹⁰ Lynch, Allen: Der Einfluß des Militärs auf die Außenpolitik Rußlands. In: Europa-Archiv, Folge 15/1994, S. 437-446, hier S. 440.

Westeuropäische und nordamerikanische Politiker forderten Moskau nur selten (und wenn, dann ohne jeden Nachdruck) auf, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der anderen früheren Sowjetrepubliken vorbehaltlos zu achten. Die überwältigende Mehrheit der Staatskanzleien in der EU und in Nordamerika hält die separatistischen Konflikte in der Moldau, Georgien und Aserbaidschan und eine kritische Durchleuchtung der Rolle Russlands darin für viel zu unwichtig, um deswegen die Beziehungen zu Moskau zu „riskieren“. Albright's Chef, US-Präsident Bill Clinton, hatte Mitte 1994 nicht einmal etwas gegen eine „Wiedervereinigung“ der früheren Sowjetrepubliken einzuwenden, wenn das dem „Willen der Mehrheit in den einzelnen Völkern“ entspreche.⁹¹ Aus der Politikwissenschaft kam zeitweise Sukkurs für solche Positionen. So meinte James Kurth (USA) 1996, dass es eine „Übertreibung der Eindämmungspolitik“ Washingtons gegenüber Russland wäre, wenn man „den Russen eine Einflußsphäre in den Ländern der orthodoxen Ostkirche [...], in Weißrußland, in der Ukraine, in Moldavien, Rumänien, Bulgarien und Serbien sowie bei den ‚nächsten Nachbarn‘ in Transkaukasien und Zentralasien“ verweigern würde.⁹²

Schlussfolgerungen

In Russland wird Außen- und Sicherheitspolitik zu einem erheblichen Ausmaß in geopolitischen Analyse kategorien gedacht, und das betrifft auch und gerade die Politik gegenüber der GUS. Deren Grundzüge werden sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in der überschaubaren Zukunft nicht signifikant verändern. Moskau glaubt dabei an ein Nullsummenspiel: Je größer ein – angeblicher oder tatsächlicher – Einfluss des „Westens“ in der GUS ist, desto zwangsläufig kleiner ist der russische; und daher muss der „westliche Einfluss“ dort so gering wie möglich gehalten werden. Die „Integration“ in der GUS ist ein Instrument zur Erreichung dieses Ziels. In Russland gilt es als ausgemacht, dass „der Westen“ den russischen Einfluss in der

⁹¹ Interview mit Clinton, in: Izvestija 5.7.1994, S. 1.

⁹² Kurth, James: Die amerikanische Weltstrategie. In: Europäische Rundschau, 3/1996, S. 3-25, hier S. 20.

GUS beschneiden, Unruhe stiften, „bunte Revolutionen anzetteln“ usw. wolle, doch wird Moskau (in der Formulierung des Direktors des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Nodari Simonija) „seine nationalen Interessen hart vertreten.“⁹³

Daran ist tatsächlich kaum zu zweifeln. Aus Moskauer Sicht wird der „Kampf um den postsowjetischen Raum, den Russland gegen die USA und die EU zu führen gedenkt“,⁹⁴ weitergehen und sich sogar intensivieren. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass der breiteren politischen Öffentlichkeit der EU und Nordamerikas ein solcher „Kampf“ unbekannt ist und dort die von Russland vorangetriebene „Integration“ in der GUS, ihre Motive und Folgen kaum jemals Beachtung findet. So haben die EU und die USA Russland in den separatistischen Konflikten am Südwestrand der GUS praktisch freie Hand gelassen, was zweifellos jene Kräfte in Moskau stärkte, die militärische und politische Interventionen zur Wiederherstellung bzw. Festigung des russischen Einflusses in der früheren UdSSR forcieren wollten. Das in der EU und in Nordamerika mancherorts erhoffte Ergebnis – mehr Stabilität im „postsowjetischen Raum“ dank einer „Ordnungsmacht“ Russland – wurde jedoch offenkundig nicht erreicht.⁹⁵ In der EU sollte man nicht völlig ausblenden, was eine bekannte (und an sich alles andere als Putin-kritische) Moskauer Tageszeitung geraume Zeit vor dem russischen Einmarsch in Georgien im August 2008 offen einbekannte: „Russland betrachtet militärische Macht nach wie vor als Element seiner Außenpolitik gegenüber den GUS-Ländern.“⁹⁶

⁹³ Simonia, Nodari: Energobezopasnost' Zapada i rol' Rossii (Die Energiesicherheit des Westens und die Rolle Russlands). In: Rossija v global'noj politike, 2/2004, S. 77-93, hier S. 89.

⁹⁴ Novyj imperializm (Ein neuer Imperialismus). In: Izvestija, 24.8.2005. <<http://www.izvestia.ru/opinion/article2566418/>> abgerufen am 31.8.2009.

⁹⁵ Es ist nicht zudem zu übersehen, dass auch westeuropäische und nordamerikanische Staaten und Organisationen zum Überleben der separatistischen Staatsgebilde beitragen: Firmen, Hilfsorganisationen, Diplomaten, Journalisten und selbst diverse Politiker gehen mit ihnen teilweise recht unbefangen um. Die Separatisten fühlen sich somit in ihrem Kurs bestätigt und glauben konkret ihre „Staatlichkeit“ gestärkt.

⁹⁶ Muchin, Vladimir: Sila kak instrument vnešnepolitičeskogo vlijanija (Macht als Instrument außenpolitischen Einflusses). In: Nezavisimaja gazeta, 10.10.2005. <http://www.ng.ru/courier/2005-10-10/10_power.html>, abgerufen am 1.9.2009.

Ein NATO-Beitritt von GUS-Mitgliedern ist – ganz unabhängig davon, ob er wünschenswert wäre – in der überschaubaren Zukunft gänzlich ausgeschlossen, wie sehr sich auch insbesondere die (innenpolitisch zunehmend schwachen) Präsidenten der Ukraine, Juschtschenko, und Georgiens, Saakaschwili, darum bemühen mögen. Wirtschaftlich dürften die meisten postsowjetischen Republiken (wenngleich auf verschiedene Art und Weise) von Moskau abhängig bleiben, auch wenn den Interessen ihrer Bevölkerungen langfristig eher mit einer vollwertigen Direktintegration in die Weltwirtschaft gedient wäre.

